

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

4. Sitzung 2023

Datum	Montag, 23. Oktober 2023
Zeit	18.00–22.15 Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Dr. Christian Nöthiger, Ratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Ratssekretär
Anwesend	38 Mitglieder des Einwohnerrats Borer Adrian Dr. (glp), Einwohnerrat ⁸ Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin ⁷ Freiermuth Maja (FDP/ZM), Einwohnerrätin Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat ^{6, 7} Graf Michèle (EVP- <u>Die Mitte</u>), Einwohnerrätin Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat ^{6, 8} Gygax Attila (glp), Einwohnerrat ⁷ Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat ^{6, 8} Hauri Hansrudolf (SVP), Einwohnerrat ^{6, 8} Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat ² Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat ⁷ Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat ⁵ Koechlin Ronni (FDP/ <u>ZM</u>), Einwohnerrat Kunz Silan (SP), Einwohnerrätin Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin ^{6, 7, 8}

Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin
 Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
 McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin
 Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat^{3, 4, 6}
 Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁵
 Nöthiger Christian Dr. (SP), Einwohnerrat^{1, 4, 7}
 Plüss Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
 Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat
 Schindler René (SVP), Einwohnerrat
 Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 7, 8}
 Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat^{5, 6}
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin (bis 22:03 Uhr)
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
 Studer Yves (SVP), Einwohnerrat³
 Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat^{5, 6}
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin⁷ (bis 19.35 Uhr)
 Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin^{5, 7}
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Friderich Corina (Grüne), Einwohnerrätin⁵
 Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin⁴

Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung
⁷Mitglied Spezialkommission Oberstufenzentrum
⁸Fraktionspräsident/in

Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 9. Januar 2024 auf www.zofingen.ch.

Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	215
2. ER.2023.026 IT-Strategie - Verpflichtungskredit für Umsetzung	215
3. ER.2023.018 Badi und BZZ – Verpflichtungskredit Rad- und Gehwege sowie Aufwertung Mühletych	218
4. ER.2023.028 Obere Mühlemattstrasse – Verpflichtungskredit Sanierung und Neugestaltung	229
5. ER.2023.015 Interpellation von Attila Gygax (glp) vom 20. März 2023 betreffend "Schulwegsicherheit"; Beantwortung Stadtrat	240
6. ER.2023.016 Interpellation von Luc Zobrist (FDP) vom 20. März 2023 betreffend "Klimastrategie in der Gemeinde Zofingen"; Beantwortung Stadtrat	240
7. ER.2022.053 Postulat von Attila Gygax (glp) vom 21. November 2022 betreffend "Qualitäts- und Verfahrensanforderungen an Gestaltungspläne"; Haltung Stadtrat	241
8. Umfrage	244

Traktandum 1 – Mitteilungen

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung** vom **11. September 2023** ist noch ausstehend.

Das Büro des Einwohnerrats hat das Geschäftsreglement des Einwohnerrats in einem ersten Entwurf überarbeitet und wird diesen dem Einwohnerrat zur Vernehmlassung zustellen.

Für die heutige Sitzung haben sich Corina Friderich und Lena Hoffmann entschuldigt.

Der Rat ist **mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Maja Freiermuth (FDP) tritt auf Ende der heutigen Sitzung aus dem Rat zurück und wird am Ende der Sitzung verabschiedet.

Matthias Hostettler ist Vater geworden. Gratulation an die Eltern und Übergabe eines Geschenks.

Als Tischaufgabe liegt ein Flyer des Kunsthauses Zofingen auf.

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingegangen.

Der Ratspräsident übergibt an die Stadtpräsidentin ein Faksimile des Gemeindewappens von Zofingen, welches im Nationalratssaal des Bundeshauses hängt und er im Rahmen der Feier «175 Jahre Bundesverfassung» vom Nationalratspräsidenten entgegennehmen konnte. Es soll im Rathaus einen Platz erhalten.

Traktandum 2

ER.2023.026

IT-Strategie - Verpflichtungskredit für Umsetzung

Eintreten ist nicht bestritten.

Claudia Schürch, Referentin FGPK

Das Geschäft gab nicht viel zu diskutieren in der FGPK. Es ist eine sehr gut vorbereitete Vorlage. Alle Fragen konnten kompetent und verständlich beantwortet werden. Aus den Ausführungen und den Fragen in der FGPK ging hervor, weshalb das Weiterführen der jetzigen IT-Architektur nicht als Lösung gesehen wird. Weiter sind Fragen zur Projektorganisation gestellt worden. D. h., wie wurde das Projekt aufgesetzt, wie wurden die Nutzer einbezogen, was ist an Schulung eingeplant und sind Abhängigkeiten zur Organisationsentwicklung und die Prozessüberarbeitungen bei der Stadt vorhanden. Es ist klar, wie das Projekt inhaltlich und finanziell aufgestellt ist. Die Fragen zu den Abschreibungen und wie die Zahlen im Budget entstanden sind, wurden ebenso schlüssig beantwortet. Einzig, weshalb kein Leasingmodell verfolgt wird, ist nicht klargeworden und könnte nochmals überprüft werden. Die FGPK empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Silan Kunz, Fraktionsvotum SP

Die Vorlage ist inhaltlich und formal auf einem herausragenden Niveau verfasst. Es ist bekannt, dass die IT der Zofinger Verwaltung den hohen Ansprüchen nicht mehr genügt und überholt ist. Mit der Umsetzung der vorgeschlagenen IT-Strategie wird die städtische Verwaltung ein zeitgemässes Arbeitsinstrument bekommen, um den Anforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Der Schritt ist von grosser Bedeutung, um die Effizienz und die Effektivität der Verwaltung zu steigern und den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden. Es ist unbestritten, dass die Umsetzung der IT-Strategie mit finanziellen Aufwendungen verbunden ist. Angesichts des rasanten technischen Fortschritts ist die Investition unerlässlich und stärkt zudem die Wettbewerbsfähigkeit Zofingens als Arbeitgeberin. Die Bewilligung des Verpflichtungskredits ist von hoher Wichtigkeit, weshalb die SP-Fraktion diesen einstimmig unterstützt.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum glp

Es ist überfällig, dass die IT der Stadt Zofingen modernisiert wird. Mobiles Arbeiten ist heute ein Muss, wenn man als Arbeitgeber attraktiv bleiben möchte und zudem tendenziell Arbeitnehmermangel herrscht. Mit der überarbeiteten IT-Strategie wird insbesondere das mobile Arbeiten und die Flexibilität erhöht. Dies dient auch der Handlungsfähigkeit der Organisation selbst.

Es ist eine grosse Investition, die sinnvoll und notwendig ist. Kontrovers wurde eine gestaffelte Umsetzung diskutiert, also ob die Ersatzbeschaffung später, nach Ablauf der Lebensdauer der jetzigen Geräte möglich wäre. In der erhaltenen Antwort wurde ausgeführt, dass aufgrund des Alters der Geräte diesbezüglich nicht viel Spielraum besteht.

Für die Schulung der Mitarbeitenden ist rund eine Stunde vorgesehen zuzüglich etwas Support. Der Faktor Mensch darf bei so einer Umstellung nicht unterschätzt werden. Man muss ausreichend Support stellen und das auch einberechnen. Das Sicherheitsbewusstsein der Mitarbeitenden bezüglich Datenschutz soll noch einmal gesteigert werden.

Das Projekt der IT-Strategie ist ein sehr gutes Beispiel, dass es sich lohnt, wo nötig Ressourcen wie eine Projektleitung oder das fachliche Know-How extern einzukaufen, um vorwärts zu kommen. Die glp wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Maik Müller, Fraktionsvotum FDP/ZM

Die Vorlage ist sehr gut ausgearbeitet. Es ist ersichtlich, dass die Umsetzung keine Luxuslösung ist, sondern eine zeitgemässe IT-Infrastruktur für einen Betrieb dieser Grösse. Es lassen sich moderne Arbeitsplatzmodelle umsetzen wie bspw. Shared-Desk und sie steigert auch die Attraktivität der Arbeitsplätze. Mit dieser Erneuerung werden Schnittstellen vereinfacht und durch die interne Kommunikation mit der Möglichkeit zum Daten teilen wird die Zusammenarbeit erleichtert. Die Fraktion FDP-Zofingen macht's wird die Vorlage einstimmig annehmen.

Gian Guyer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Umsetzung der vorliegenden IT-Strategie wird begrüsst und dem Verpflichtungskredit zugestimmt. Eine zeitgerechte IT ist notwendig. Sei es für eine gute Security oder die interne Kommunikation zwischen den Abteilungen. Da ein Teil der Software bald End of Life ist, ist es jetzt ein guter Zeitpunkt. Das Projekt ist sehr gut erarbeitet worden und für die Infoveranstaltung bedankt man sich. Ein Projekt braucht auch in der Vorbereitung Ressourcen und diese müssen genügend zur Verfügung gestellt werden.

Die neue IT-Strategie eröffnet auch die Möglichkeit, analoge Prozesse innerhalb der Stadtverwaltung vermehrt digital durchzuführen. Davon verspricht man sich, dass die zum Teil sehr langen Prozesse im Bewilligungswesen von Anlässen in Zukunft schneller abgehandelt werden können, weil die interne Kommunikation besser klappt.

Eine letzte Anmerkung: Man sollte versuchen, die alte Hardware zu verkaufen oder zu verschenken, bevor sie dem Elektroschrott zugeführt wird.

Stéphanie Szedlák, Fraktionsvotum EVP-Die Mitte

Die Fraktion EVP-Die Mitte befürwortet das Geschäft einstimmig. Ein Projekt von dieser Grössenordnung braucht ein sorgfältiges Changemanagement, eine umfassende Überarbeitung der IT-Prozesse sowie zeitliche Ressourcen für jeden einzelnen Mitarbeiter, um erfolgreich umgesetzt zu werden. Die Ressourcen neben der hohen Arbeitsbelastung durch das Tagesgeschäft aufzuwenden, sehen wir als grosse Herausforderung und stellen die Frage, ob die budgetierten Stunden dafür ausreichen? Betreffend Datenschutz soll insbesondere bei Lösungen mit Drittanbietern darauf geachtet werden, dass sorgfältig ausgehandelt und geregelt wird, wie das Verfahren mit den Daten ist, um Risiken zu vermindern.

Barbara Willisegger, Fraktionsvotum SVP

Die SVP stimmt dem Verpflichtungskredit für die Umsetzung der IT-Strategie zu. Die Vorlage ist so formuliert, dass die Notwendigkeit aus unserer Sicht unbestritten ist. Auch die Infoveranstaltung zu diesem Projekt ist sehr aufschlussreich gewesen und hat nochmals deutlich gezeigt, dass die jetzige IT fast steinzeitlich ist. Es macht Sinn, dass alles auf einmal erneuert wird, so dass die Komponenten zusammenpassen und es kein Flickwerk gibt. Die Auskunft der IT-Abteilung, dass nach der Umsetzung keine Personalmehrkosten beim Support entstehen, stimmt ebenfalls positiv. Was uns ein bisschen hellhörig gemacht hat, ist das Thema Homeoffice. In der Vorlage wird erwähnt, dass das mit den neuen Geräten nachher ohne Probleme möglich ist. Die Verwaltung ist aber ein Dienstleistungsbetrieb und soll auch physisch für die Bevölkerung da sein. Fachkundiges Personal am Schalter ist auch in der heutigen Zeit wichtig.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Dankt für die positiven Rückmeldungen und die Unterstützung. Die bestehende IT-Infrastruktur ist am Ende ihres Lebenszyklus angelangt. Es wurde eine Strategie erarbeitet, die nun umgesetzt werden soll. Die Strategie hat zwei Stossrichtungen: Das Thema Changemanagement ist ein wichtiger Erfolgsfaktor bei der Umsetzung dieses Projekts. Prozesse müssen angepasst werden und die Leute dabei mitgenommen werden. Das ist entscheidend für den Erfolg. Die zeitlichen Ressourcen der Mitarbeitenden sind ein Knackpunkt und werden von der Projektleitung auch kritisch wahrgenommen. Die Belastung im Tagesgeschäft ist überall gross und trotzdem ist es wichtig, dass wir das Projekt vorantreiben. Um dem gerecht zu werden, wird die Umsetzungsplanung zusammen mit den Bereichen gemacht. Das ist eine Frage der Prioritäten. Bei den budgetierten Stunden haben wir eine Annahme getroffen. Sie sollten ausreichen, aber es wird anspruchsvoll. Die Schulung der Mitarbeitenden ist wichtig und hat einen hohen Stellenwert. Die Schulung ist auf die Bedürfnisse der Stadtverwaltung ausgerichtet und erfolgt auf unterschiedliche Art und Weise. Die Schulung wird nicht einfach intern, sondern mit der Weiterbildung Zofingen durchgeführt.

Die Weiterverwendung der ersetzten Geräte wird geprüft. Da gibt es noch keine definitive Entscheidung. Im Vordergrund steht eine nachhaltige Lösung, das heisst, der Verkauf oder die Abgabe für eine weitere Verwendung.

Zum Thema Leasing: Als die Vorlage ausgearbeitet wurde, war der Kauf die günstigste Variante gewesen. Im Zusammenhang mit der Ausschreibung kann ein Leasing oder ein Mietkauf geprüft werden. Wir werden die beste Variante wählen. Die bisherigen Abklärungen haben ergeben, dass im Moment ein Kauf das günstigste und beste Angebot ist.

Zum Thema Homeoffice: Wir müssen die beste Dienstleistung garantieren. Das heisst aber nicht, dass immer alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sein müssen. In Zukunft soll die Arbeit dort geleistet werden, wo die beste Leistung erbracht werden kann. Bezüglich Homeoffice besteht ein

Reglement. In diesem sind die entsprechenden Handlungsrichtlinien festgehalten. Mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird diesbezüglich eine Vereinbarung abgeschlossen. Da haben wir eine gute Lösung, die den Bedürfnissen der Mitarbeitenden, der Stadt Zofingen und der Bevölkerung gerecht wird.

Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Umsetzung der IT-Strategie sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'235'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 3

ER.2023.018

Badi und BZZ – Verpflichtungskredit Rad- und Gehwege sowie Aufwertung Mühletych

Eintreten ist nicht bestritten.

Béatrice Zinniker, Mehrheitssprecherin FGPK

Das Projekt ist bereits im letztjährigen Investitions- und Finanzplan vorgesehen gewesen und zwar mit einer Projektsumme von CHF 234'000. Das nun vorliegende Projekt weist eine Kreditsumme von rund CHF 1 Mio. aus. Das entspricht rund vier Mal der ursprünglich geplanten Investitionssumme. Der Grund liegt in einer Entscheidung des Stadtrats vom November 2022. Es wurde beschlossen, das dort eingeschlossene Wasserbauprojekt massiv auszubauen mit der Idee, zusammen mit dem Wegprojekt Synergien nutzen zu können.

Die FGPK empfiehlt aus verschiedenen Überlegungen, die zwei Verpflichtungskredite abzulehnen. Zum Thema Notwendigkeit: Die FGPK hat im Rahmen ihrer Sitzung mit den Projektverantwortlichen das Projekt anschauen und diskutieren können. Aus dieser Diskussion hat sich eindeutig ergeben, dass es ein wünschbares Projekt ist. Die Notwendigkeit für eine Umsetzung ist weder im Bereich des Hochwasserschutzes noch bei der Mobilität oder durch die Aufwertung eines Naherholungsgebiets gegeben. Stichwort Hochwasserschutz: Es gibt dort aktuell keine Auflagen zu erfüllen. Es besteht kein dringender Handlungsbedarf. Weiter wurde ausgeführt, dass das Hochwasserereignis aus dem Jahr 2017 mit diesen Massnahmen nicht hätte verhindert werden können. Stichwort Mobilität: Die Badeanstalt und die Sportanlagen sind aus unserer Sicht zu Fuss oder mit dem Velo auf verschiedenen gut ausgebauten und auch wenig frequentierten Quartierstrassen oder Strassenabschnitten problemlos zu erreichen. Ein zusätzlicher Ausbau des Streckenabschnittes ist aus unserer Sicht im Moment nicht dringend nötig. Stichwort Ökologie: Beim Mühletych handelt es sich um einen künstlichen Kanal, den man renaturieren will. Ein wesentlicher Mehrwert ist für Ökologie und Bevölkerung nicht direkt erkennbar. Im Moment werden an der Wigger Hochwasserschutzmassnahmen umgesetzt. Dort ist vorgesehen, für die Bevölkerung einen Aufenthaltsbereich zu schaffen, wo man hingehen und sich aufhalten kann. Stichwort Projektkosten: Mittlerweile reden wir von CHF 1 Mio. zulasten der Stadtkasse. Alleine die Projekterweiterung Wasserbau hat Mehrkosten von CHF 800'000 generiert. Die Unterhaltskosten des Mühletychs sollten zwar nach der Umsetzung etwas

tiefer ausfallen. Wir reden hier aber von rund CHF 5'000 Franken im Jahr. Das steht in keinem Verhältnis zur geplanten Investitionssumme. Die Beiträge von Bund und Kanton betragen ca. CHF 700'000 Franken. Dabei handelt es sich ebenso um Steuergelder, die sorgfältig und sinnvoll einzusetzen sind. Drittbeiträge können aus unserer Sicht nicht ein Argument sein, um ein Projekt umzusetzen, das im Moment nicht nötig ist. Stichwort Finanzierung: An der Budgetdebatte im November wird klar, dass unsere Ertragskraft in Zukunft sinken wird. Wir werden massiv Schulden aufbauen und müssen abwägen, was wir umsetzen wollen und was wir umsetzen müssen. Der Stadtrat hat das erkannt und schreibt im einleitenden Kommentar zum Investitionsplan, dass alle Projekte auf Dringlichkeit und Notwendigkeit hin angeschaut werden müssen. Die ablehnenden Stimmen in der FGPK sehen in diesem Projekt einen klaren Widerspruch zu diesem Grundsatz. Und noch eine Klammerbemerkung: So spontane Projektausweitungen wie hier mit Mehrkosten von CHF 800'000 sollten in Zukunft vermieden werden. Um richtige Entscheide zu fällen, sind wir auf zuverlässige Planzahlen in der Jahresplanung angewiesen. Deshalb empfiehlt die FGPK, die beiden Anträge abzulehnen.

Hans Rudolf Sommer, Minderheitssprecher FGPK

Die FGPK hat die Vorlage kontrovers diskutiert, das haben wir soeben gehört. Die Ablehnung der Vorlage ist mit einem Stimmenverhältnis von 4:4 bei acht Anwesenden mit dem Stichtscheid des Präsidenten zustande gekommen. Aus Sicht der Kommissionsminderheit handelt es um eine sehr sorgfältig ausgearbeitete, überzeugend begründete und massvolle Vorlage. Sie trägt einerseits mit dem Ausbau des Rad- und Gehwegs dem Umsetzungskatalog Velomassnahmen 2017/18 Rechnung. Dieser ist übrigens behördenverbindlich. Daran hält sich der Stadtrat. Es wird investiert in eine sichere Verbindung für unsere Schülerinnen und Schüler, für unsere Kinder und Jugendlichen auf dem Weg in die Schule, in die Badi oder ins Training. Andererseits bringt die Aufwertung des Mühletychs mehr Sicherheit vor Hochwasser, mehr Lebensraum für Wasserlebewesen, insbesondere für Fische, und mehr Lebensqualität für die Menschen dieses Stadtteils. Eine weitere win-win-Situation ergibt sich mit dem Projekt auch in finanzieller Hinsicht. Dank den Geldern aus dem Agglomerationsfonds dritte Generation für den Rad- und Gehweg in der Höhe von CHF 134'000 Franken, also knapp 20 Prozent der Kosten, und den Beiträgen von Bund und Kanton für die Aufwertung des Mühletychs in der Höhe von CHF 545'000 Franken, was knapp 60 Prozent der gesamten Kosten entspricht, fliessen namhafte Beiträge in der Höhe von CHF 679'000 Franken nach Zofingen. Die beiden Projekte liegen in der Verantwortung der Stadt und müssen ohnehin gemacht werden. Die Qualität der Vorlage verdient das Prädikat sehr gut. Es werden alle wichtigen Parameter ausführlich dargelegt oder zumindest erwähnt. Mit der vorgeschlagenen Aufwertung werden Kosten beim Unterhalt des Bachs gespart. Es werden aber auch Kosten durch die Verminderung der Überschwemmungsgefahr bei den Brücken gespart. Die Wasserlebewesen in unseren Fließgewässern und Seen sind enorm unter Druck. Die meisten Fischarten sind heute auf der roten Liste. Der Stadtrat betont zu Recht die Bedeutung des Mühletychs. Als Nebenarm der Wigger ist er als Laichgewässer prädestiniert. Dazu muss aber die Staustufe bei der Landi entfernt werden und das Bachbett natürlich gestaltet werden, damit es durchgängig ist. Mit der Entfernung der Betonmauern wird das Flussbett verbreitert und die Ufer werden naturnah gestaltet. Zusätzlich soll er an zwei Orten für die Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Lebensqualität im Westteil von Zofingen wird mit der Aufwertung erhöht, was positiv für das Lokalklima ist.

Die Veloverbindung ist als Premium-Routennummer 4 im Velonetz-Plan vom November 2017 aufgeführt. Im kantonalen Mobilitätsplan aus dem Jahr 2016 ist die Förderung des Langsamverkehrs im Siedlungsgebiet als Priorität anerkannt worden. Die Premium-Routen verbinden besonders wichtige Orte miteinander und verfügen über einen hohen Ausbaustandard. Die Velofahrer sollen sich kreu-

zen können. Die Premium-Routen sollen abseits des Motorfahrzeugverkehrs geführt werden. Im jetzigen Zustand ist es so, dass Velofahrende beziehungsweise Fussgängerinnen und Fussgänger ins angrenzende Kulturland ausweichen müssen, wenn sie sich begegnen.

Der Bund übernimmt knapp ein Fünftel der Kosten mit Geldern aus dem Agglomerationsprogramm 3. Für die Stadt verbleiben damit noch CHF 650'000 für den Rad- und Gehweg. Im Fall einer Ablehnung des Projekts ist das Geld aus dem Agglomerationsprogramm verloren. Das hat aber nicht nur Konsequenzen für Zofingen, sondern auch für die anderen Gemeinden im Aareland. Das Geld wird via den Verein Aareland vergeben. Der aktuelle Subventionssatz von 35 Prozent sinkt weiter, wenn Projekte nicht realisiert werden oder wenn die Projekte zu wenig Qualität aufweisen. Die Kommission minderheit beurteilt die Vorlage als wichtigen Beitrag für eine einwohnerfreundliche Stadtentwicklung. Gleichzeitig werden die Ziele des Kantons bezüglich Mobilität und des Bundes bezüglich Renaturierung von Gewässern verantwortungsvoll umgesetzt. Sie beurteilt darum die Investition von CHF 1,043 Mio. als finanzpolitisch tragbar. Die Kommission minderheit empfiehlt deshalb Annahme der Vorlage.

René Schindler, Fraktionsvotum SVP

1,7 Millionen Franken kostet dieses Projekt, das über die Verhältnisse geplant und in der jetzigen Situation weder nötig noch angebracht ist. Das Anliegen wirft Fragen auf. Noch immer nicht geklärt ist der Unterhalt bei den bereits renaturierten Bächen bspw. im Riedtal und Mühlethal. Auch beim Mühletych ist er nicht geregelt. Die Argumentation mit dem Hochwasserschutz wirft ebenfalls Fragen auf. Eine Hochwassergefahr ist von diesem Bach bisher nicht ausgegangen. Auch der Beitrag des Bundes ist sehr fragwürdig. Es wird die Bedingung gestellt, dass das Projekt bis Ende dieses Jahres bewilligt werden muss. Das sportliche Zeitlimit ist aufgrund der Dauerüberlastung der Bauverwaltung unmöglich einzuhalten. Der finanzielle Zustupf entfällt dann und die Kosten fallen entsprechend bei der Stadt an. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor besteht im Bereich der Landi. Gemäss Vorlage wird die Gewässersohle um 70 cm abgesenkt, dürfte aber rund das Doppelte betragen. Dadurch entstehen unbekannte Kostenfolgen. Für das Unterfangen von der alten Mühle bis zu den Getreidesilos wartet die Geschäftsführung der Landi bezüglich Kosten seit Wochen auf eine entsprechende Antwort und ein Gutachten einer Fachperson. Trotz anderslautenden Aussagen des Stadtrats sind gewisse Anwohner überhaupt nicht von diesem ideologisch grün geprägten Projekt begeistert und werden Einsprache machen. Der versprochene Spareffekt von CHF 5'500 Franken ist eine Farce. Grundsätzlich sind wir nicht gegen den Veloweg. Das Projekt ist jedoch komplett überfrachtet. Es wäre ausreichend, wenn die Brücke ersetzt und verbreitert würde, sodass zwei Velos sich kreuzen könnten. Das wäre mit wenig finanziellem Aufwand machbar. Die zwei Anträge sollen abgelehnt werden.

Die SVP-Fraktion macht **zwei Ergänzungsanträge**, da das Geld von Bund und Kanton nur gesprochen wird, wenn das Projekt bis Ende Jahr bewilligt ist. Die beiden Anträge des Stadtrats sollen am Schluss wie folgt ergänzt werden:

Antrag 1: *"..., sofern der Bund seine Beiträge aus dem Agglomerationsfonds im Umfang von mindestens CHF 134'200 definitiv zusichert und beiträgt."*

Antrag 2: *"..., sofern der Bund mindestens 27 % der allfallenden Kosten übernimmt."*

Begründung: Die Kostenverteilung des Bundes ist gemäss Vorlage an Bedingungen geknüpft. So wird auf Seite 10 der Vorlage ausgeführt, dass mindestens für den ersten Antrag gemäss Baudepartement bis Ende Jahr 2023 Finanzbeschluss und eine Baubewilligung vorliegen muss, damit der Bundesbeitrag aus dem Agglomerationsfonds gesprochen wird. Aus unserer Sicht wird es zeitlich sehr sportlich, die Bedingung einer vorliegenden Baubewilligung zu erfüllen - benötigt doch das alleinige

Auflegen eines Baugesuchs schon 30 Tage. Bei einer allfällig eingehenden Einsprache wäre eine Termineinhaltung bereits jetzt nicht mehr möglich. Um das Risiko des Ausbleibens des Bundesbeitrags zu verhindern, bitten wir um Unterstützung unserer beiden Anträge.

Adrian Borer, Fraktionsvotum glp

Es handelt sich um ein gemischtes Projekt Tiefbau und Wasserbau und die beiden Teilprojekte hängen direkt zusammen. Der betroffene Weg ist Teil einer prioritären Fahrradroute durch die Stadt. Der Verkehr nimmt bei allen Verkehrsträgern zu. Velorouten entlasten die Kantonsstrassen und entsprechend den Autoverkehr. Zum Beitrag des Agglomerationsprogramms: Dieser fällt weg, wenn das Projekt fallengelassen wird. Das ist natürlich schade. Das ist zeitlich so, das kann man nicht wegdiskutieren. Für das Wegprojekt war im Investitionsplan weniger Geld eingestellt als jetzt beantragt wird. Das Projekt hat sich verändert. Es ist aber etwas entstanden, das dieses Geld wert ist. Wir würden es auch bevorzugen, wenn es eine bessere Übereinstimmung von Investitionsplan und vorliegendem Kredit gäbe. Das betroffene Quartier steht nicht immer im Zentrum der Diskussion in Zofingen. Die Bedürfnisse der Quartiere auf der Westseite der Bahnlinie werden systematisch unterschätzt. Zum Wasserbau: Es geht um Hochwasserschutz und um die damit verbundene Revitalisierung. Ginge es nicht um Hochwasserschutz, gäbe es keine Kantons- und Bundesbeiträge. Wir kommen da gesetzlichen Pflichten nach. Die Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sind geregelt. Ursprünglich betrug der Stadtbeitrag im Investitionsplan CHF 100'000 gegenüber den jetzigen CHF 395'000. Es ist erklärbar. Man hat mehr Handlungsbedarf gefunden. Nicht zuletzt durch die Zusammenlegung der beiden Projekte wird etwas Neues gemacht. Es entsteht ein Mehrwert und der ist gewollt.

Nochmals zu den Agglomerationsprogrammen: Der Beitrag für den Weg ist aus dem Agglomerationsprogramm dritte Generation und läuft 2023 ab. Klar handelt es sich dabei auch um Steuergelder. Wenn das Aareland die Gelder allerdings nicht braucht, dann wird es in Zukunft tendenziell auch weniger Gelder für zukünftige Agglomerationsprogramme geben. Das kann man in den entsprechenden Bundesbeschlüssen nachlesen. Der Zweck von Agglomerationsprogrammen ist die strukturelle Förderung von Nichtzentrumsregionen, um gegenüber grossen Zentren aufzuholen. Das sind nicht unbedingt immer zwingende Projekte. Sie sind aber für solche Sachen gedacht. Die Anträge des Stadtrats sollen angenommen werden.

Karin Burkard, Fraktionsvotum (Grüne)

Mit der Aufwertung des Mühletychs und dem neuen Rad- und Gehweg entlang der Badi und dem BZZ werden einige Legislaturziele angepackt. Der Langsamverkehr und die grünen Flächen kommen im Geschäft durchdacht daher und es sind unter Einbezug von Fachleuten verschiedene Aspekte ausgearbeitet worden.

Bei diesem Geschäft strömen die Finanzen nicht in die Kasse der Stadt, sondern für einmal in die Natur und erbringen so ihren Wert. Mit der Zustimmung zu beiden Anträgen sprechen wir uns für eine Aufwertung und Quartierentwicklung vom Oberen Mühlemattquartier aus. Naherholungsgrünflächen in Zofingen sind uns genauso wichtig wie Wachstum, Wohnraum und Arbeitsplätze. Die Renaturierung mit den zugehörigen Pflanzen, den in Gewässern lebenden Tieren wie Fischen, Insekten, Vögeln, Reptilien, ist uns ein Anliegen. Wir setzen uns auch für die nötige Klimaanpassung ein. Den Velofahrenden eröffnen wir einen Teil der geplanten Premium-Route und fördern die Umsetzung des verbindlichen Velomassnahmenplanes von 2018 und somit der kantonalen Mobilitätsstrategie. Für die Zofingerinnen und Zofinger auf der anderen Stadtseite ohne Häuser und Gärten würde ein weiterer Naturerholungsort zum Verweilen entstehen. Wir setzen ein wichtiges Zeichen an unsere Nachbargemeinden zum Agglomerationsprogramm und zeigen, dass wir als Kernstadt unsere Aufgaben wahrnehmen wollen. Wir wollen unseren Schülern und Schülerinnen aus den Nachbargemein-

den einen sicheren Schulweg anbieten und sichere Wege zu den Sportplätzen und in die Badeanstalt. Wir würden sinnvoll erachtete Unterhaltskosten unterstützen und somit vorausschauend auch investieren. Die Investitionen kommen ja sowieso. Der Verkehr auf den Hauptstrassen würde dank gut befahrbaren, sicheren und attraktiven Velo- und Fusswegen entlastet. Wir schätzen es, dass der Kanton und der Bund sich mit gesamthaft 20 und 60 Prozent Fördergeld beteiligen. Es ist wichtig, den beiden Vorlagen zuzustimmen, damit der Bund und der Kanton auch weiterhin Fördergelder für unsere Gemeinde sprechen. Bei einer Ablehnung riskieren wir eine weitere Reduktion des Fördergeldanteiles. Die Fraktion stimmt den beiden Anträgen einstimmig zu.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Das vorliegende Projekt besteht aus drei Schienen: Natur, Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Natur: Es geht um die Diversitätsaufwertung und um die Aufhebung der Schwelle im Bächlein, damit die Fische wieder besser oder überhaupt zirkulieren können. Zur Wirtschaftlichkeit: Aus drei bestehenden Brücken soll eine Brücke erstellt werden. Das bedeutet weniger Unterhaltskosten sowie ein realisiertes Agglomerationsprojekt, das wichtig ist, um auch in Zukunft wieder Gelder beantragen zu können. Zur Gesellschaft: Die Mobilität ist ein wichtiger Punkt und der Zugang zum Gewässer zählt zu einem Naherholungsgebiet. Bis zu fünf Meter Wegbreite könnten für Velos sowie Fussgänger und Fussgängerinnen realisiert werden. Hier sind es dreieinhalb Meter. Das Projekt ist deshalb nicht überdimensioniert.

Bei der Einmündung in die Strengelbacherstrasse soll man darauf achten, dass das Ein- und Ausfahren gut möglich ist.

Kann man sich das nebst all den anderen Investitionsprojekten leisten? Die Fraktion sagt ja: Wir wollen in die Qualität unseres Wohnraums und unserer Umgebung investieren. Die Brücken und die Wasserschwelle müssten früher oder später sowieso gemacht werden und würden später mehr kosten, als wenn man es jetzt machen würde.

Der Stadtrat wird aufgefordert, die verschiedenen Gelder vom Bund und vom Kanton abzuholen. In den beiden Anträgen des Stadtrats ging allerdings der Satz "...abzüglich Beiträge Dritter..." vergessen, weshalb wir **zwei Änderungsanträge** einreichen:

Antrag 1: "*Für die Wegverbreiterung und Wegverlegung des Rad- und Gehwegs entlang dem Bildungszentrum (BZZ und Tychweg) sowie längs der Badi und der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 783'185 (inkl. MWST), **abzüglich Beiträge Dritter und allfälliger Teuerung, zu bewilligen.***"

Antrag 2: "*Für die Aufwertung, Renaturierung und partielle Verlegung des Mühletychs mit neuer Tychbrücke sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 940'485 (inkl. MWST), **abzüglich Beiträge Dritter und** zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen.*"

Die Fraktion unterstützt das Projekt.

Flavio Wyss, Fraktionsvotum (FDP)

Für die Fraktion steht einmal mehr im Zentrum, ob etwas wünschenswert oder notwendig ist. Wir stören uns daran, dass das Projekt ursprünglich mit CHF 234'000 im Investitionsplan veranlagt war und jetzt aus Synergiegründen ein Mehrfaches teurer sein soll. Für einen Ausbau des Velo- und Fusswegs sehen wir keine Notwendigkeit. Gerade für den Veloverkehr bestehen genügend Alternativrouten. Die ursprünglich im Investitionsplan vorgesehenen minimalen Anpassungen des Fuss- und Velowegs, sind aus unserer Sicht ausreichend. Auch eine Aufwertung des Mühletychs sehen wir als nicht notwendig an. Es besteht keine akute Gefahr, die besondere Hochwasserschutzmassnahmen

erfordern würden. Zudem ist der Mehrwert im Verhältnis zur Investition nicht gegeben. Im Zusammenhang mit der Dringlichkeit wird die Mitfinanzierung von Bund und Kanton erwähnt. Dabei handelt es sich aber um Steuergelder, mit denen man verantwortungsvoll umgehen muss. Deshalb empfehlen wir, beide Anträge aufgrund der fehlenden Notwendigkeit und aufgrund der in den kommenden Jahren geplanten Investitionen abzulehnen.

Michael Wacker, Fraktionsvotum (SP)

Ich gehe auf Notwendiges oder Wünschenswertes ein. Artikel 37 und 38a des eidg. Gewässerschutzgesetzes verlangen das Entfernen von Verbauungen. Der Mühletych ist ein Betonkanal, der Schwellen enthält. Das Gewässerschutzgesetz verlangt die Revitalisierung von Fliessgewässern. Deshalb ist diese Massnahme am Mühletych notwendig und der Grund, weshalb Bund und Kanton 58 Prozent Kostenbeteiligung sprechen. Der Veloweg ist im Zofinger Verkehrsvelonetzplan als Premium-Route ausgeschieden. Der Plan stammt aus dem Jahr 2017 und ist behördenverbindlich. Ende 2017 hat zudem eine öffentliche Mitwirkung dazu stattgefunden. Es ist darum notwendig und vor allem demokratisch legitimiert. Weiter ist die Radroute abgestimmt auf folgende Planungen: Das städtische Radverkehrskonzept aus dem Jahr 2000, das kantonale Radroutennetz aus dem Jahr 2003, der kommunale Gesamtplan Verkehr aus dem Jahr 2012 und das Velokonzept aus dem Jahr 2012 von Zofingenregio. Das kann man im Umsetzungskatalog 2017/2018 der Stadt Zofingen nachlesen. Für die Umsetzung dieser Planungen ist es unseres Erachtens notwendig. Weiter steht in der Vorlage, dass die Mühletychbrücke baufällig ist. Es ist also notwendig, dass man dort etwas macht. Der Rad- und Gehweg entlang der Badi ist nicht in einem guten Zustand. Eine Sanierung ist notwendig. Die Aufwertung des Naherholungsgebietes westlich der Bahnlinie kann man durchaus als wünschenswert anschauen. Oder salopper gesagt ist es eine Desavouierung des Quartiers östlich der Bahnlinie.

Gemäss Projekt entfallen die beiden Brücken entlang der Badi und müssen künftig also nicht saniert werden.

Zum Agglomerationsprogramm selbst: In Agglomerationsprogrammen werden Bundesgelder zwischen 30 und 50 Prozent gesprochen. Für die Zukunft werden jeweils die Umsetzungsgrade und die Qualität der Projekte aus den Vorprogrammen beurteilt. Im Agglomerationsprogramm Aareland, wo Zofingen dabei ist, sind 49 Gemeinden beitragsberechtigt. Wir sind im Agglomerationsprogramm 1 und 2 in unserer Region mit 40 Prozent Bundesanteil gestartet und sind aktuell auf 35 Prozent zurückgestuft worden. Im Bericht zur 4. Generation kann man nachlesen, dass diverse Velomassnahmen noch zu wenig reif sind. Bezüglich Verkehrssicherheit wird erwähnt, dass diese mit verschiedenen Massnahmen verbessert wird, die insbesondere der Aufwertung von Strassenräumen für Fussgänger und Veloverkehr dienen. Wenn wir nicht weiterhin umsetzen, was man beantragt hat in diesen Agglomerationsprogrammen, strafen wir auch die anderen 48 Gemeinden.

Für das Agglomerationsprogramm 3 hat der Bundesrat dem Parlament beantragt, den Anteil für die Region Baden mit folgender Begründung auf null zu streichen: Aufgrund der zu geringen Programmwirkung wird dem eidgenössischen Parlament im Rahmen der dritten Generation keine Mitfinanzierung des Agglomerationsprogramms beantragt. Das Parlament hat anders entschieden und 35 Prozent gesprochen. Baden hat es bemerkt und Gas gegeben und für die 4. Generation 45 Prozent gesprochen bekommen.

Offenbar betrachtet der Bund unser Projekt als so gut an, dass er es nachträglich ins Programm aufgenommen hat. Also müssen wir schon aufpassen, was wir machen.

Eine Bemerkung zum Schluss: In Buchs ist die Neugestaltung des Bärenplatzes an der Urne abgelehnt worden. Man hätte CHF 450'000 an Kantonsgeldern holen können. Das sind $\frac{1}{3}$ des Gesamtvolumens des Projekts aus dem Topf der Mehrwertabgabe. Es gibt in diesem Fall also freie Fördergelder aus dieser gut gefüllten Kasse. In der kantonalen Verordnung zur Mehrwertabgabe steht unter Paragraf 6: Für Massnahmen zur Erhöhung der Siedlungsqualität, wie namentlich Schaffung und

Gestaltung öffentlicher Räume und Erholungsgebiete sowie Erhaltung und Entwicklung der Baukultur, können Fördergelder gesprochen werden. Bei einem Ja zur Vorlage wird die Zofinger Bauverwaltung meines Wissens genau diese Fördergelder beantragen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Michel Wacker hat sehr vieles gesagt. Es ist richtig, dass wir diese Fördergelder beantragen werden. Wir gewinnen leider nichts, wenn wir nichts machen. Im Gegenteil, wir verlieren. Die Agglogelder gehen verloren. Das ist das eine. Hansrudolf Sommer hat dies bereits ausgeführt. Zum Gewässerraum: Gemäss Fischereigesetz müssen wir die Schwelle bis 2030 gemacht haben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, dafür Bundes- resp. Kantonsgelder einzusetzen und es kommt uns günstiger. Wir können nicht nur im Bereich der Schwelle etwas machen. Wir müssen auch 150 bis 200 Meter weiter nach hinten gehen und das Ganze machen, damit es nicht gleich wieder einen Wasserfall gibt. Da der Gewässerraum dort breiter wird, muss auch die Stahlbrücke gemacht werden. Entweder finanzieren wir sie mit Bundes- und Kantonsgeldern mit oder wir zahlen sie später selbst.

Indem der Bach auf die Feldseite und der Weg auf die Badiseite verlegt werden, benötigt es die anderen zwei Brücken nicht mehr. Auch diese sind langsam aber sicher sanierungsbedürftig. Im Weg haben wir Dellen, weil der Koffer sich absenkt und Wurzelwuchs drin ist. Auch den Weg müssen wir früher oder später gut machen.

Zum Veloverkehr: Dem Stadtrat ist es wichtig, den Veloverkehr in diesem Bereich zu verbessern, unter anderem auch für die Schüler und Schülerinnen aus Brittnau, die im BZZ zur Schule gehen. Ein guter Veloweg ist nicht nur 1 m breit. Die Norm für einen Radstreifen ist 1,5 m und für Velowege sind es 4 – 4,5 m. Mit 3,5 m machen wir keine Luxuslösung. Wir sparen sogar noch 50 cm ein. Der Knotenpunkt zur Strengelbacherstrasse ist bei uns auf dem Radar. Nach Abschluss dieses Projektes kann dies mit dem Kanton besprochen werden.

Das Projekt erfüllt mehrere Anforderungen in einem: Die Schwelle bei der Landi fällt weg. Es gibt weniger Unterhalt beim Bach. Mehrwerte sind eine ökologische Aufwertung des Bachs sowie die allgemeine Aufwertung des Quartiers. Es wird auch eine Verbesserung des Veloverkehrs herbeigeführt. Das Projekt wurde den Bewohnerinnen und Bewohnern des Schwimmbadquartiers vorgestellt. Die Fragen konnten beantwortet werden und die Skepsis hat am Ende an Gewicht verloren. Es stört sie mehr, dass das Fahrverbot zur Badi nicht beachtet wird. Sie sind begeistert von diesem Projekt und niemand hat sich bezüglich einer Einsprache geäussert.

Der Kreditbeschluss muss bis Ende Jahr vorliegen. Allfällige Einsprachen zum Baugesuch hätten bezüglich Kantonsgelder keinen Einfluss.

Den Antrag der EVP-Die Mitte mit der Ergänzung können wir gerne aufnehmen. Das ging vermutlich unter beim Schreiben der Vorlage. Dankt für die Zustimmung.

André Kirchhofer, Einwohnerrat (FDP)

Ich habe zwei Fragen und eine Bemerkung. Wir reden hier von der westlichen Seite Zofingens. Adrian Borer sagt, diese Seite sei in den letzten Jahren systematisch vernachlässigt worden, ohne dafür Beispiele zu nennen. Er fragt, ob er das belegen kann. In seiner Funktion als Wirtschaftsförderer kommt solchen Aussagen eine erhöhte Bedeutung zu. Wenn man - jetzt unabhängig vom Projekt - solche Aussagen macht, dann sollte man sie belegen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Tempo-30-Zone in der Henzmannstrasse, das Quartierschulhaus BZZ, die Sanierung Eisengrubenweg oder den Kreisel beim BZZ. Das ist alles auf der westlichen Seite. Hier von einer systematischen Vernachlässigung zu reden, finden ich fehl am Platz.

Zum Thema Geld beanspruchen aus dem Agglomerationsfonds: Im Agglomerationsfonds hat es alles andere als genug Mittel. Wir reden da vom Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds. Der ist eher knapp. Und der Mechanismus, dass man ein Projekt realisieren muss, dass man wieder an Geld für das nächste Projekt herankommt, ist in der Bundespolitik höchst umstritten. Er ist auch

beim Städteverband höchst umstritten. Er führt dazu, dass Gelder für Projekte beansprucht werden, die vielleicht nicht notwendig und sinnvoll sind. Anders formuliert: Es geht dann darum, so viel Geld wie nur möglich für Folgeprojekte abzuholen. Das ist keine gute Entwicklung und kein guter Mechanismus. Schon damals war er bei der Konstruktion des Agglomerationsfondsprojekts im Bundesparlament heftig umstritten. In dieser Diskussion geht es einfach darum, möglichst viel Geld abzuholen. Ich schliesse mich dem Votum von Béatrice Zinniker an, dass es nicht sein kann, jetzt einfach darüber zu diskutieren, möglichst viele Bundesgelder abholen zu gehen. Auch die Bundesgelder werden durch Steuern finanziert. Inhaltlich möchte ich nicht auf das Projekt eingehen. Adrian Borer soll bitte noch präzisieren, was er mit systematisch meint.

Adrian Borer, Einwohnerrat (glp)

Jetzt habe ich meine schriftliche Unterlage da und zitiere, was ich vorhin mündlich gesagt habe: Das betroffene Quartier steht nicht im Zentrum der Diskussionen in Zofingen. Wir hier wohnen zumeist östlich der Bahn und unterschätzen deshalb systematisch die Bedürfnisse dieses Quartiers. Das zeigt sich immer wieder darin, dass Projekte im Westen der Stadt schnell als unnötig betrachtet werden und in diesem Zusammenhang meine ich natürlich Wohnquartiere und nicht die Wirtschaft.

Michael Wacker, Einwohnerrat (SP)

Bezüglich Agglomerationsfonds: Das ist richtig, das ist ein Topf, wo man Geld abholen kann. Ob dieser Meccano jetzt gut ist oder nicht gut, sei dahingestellt. Es ist die heutige Rechtsgrundlage. Wenn man das ändern will, muss man das auf Bundesebene ändern. Wir wissen alle, wie lange das geht. Also wären wir eigentlich dumm, wenn wir auf den Entscheid von Bern warten, bis man dann irgendwann vorwärts machen kann. Man kann sich nämlich auch überlegen, ob man die Nazeli-Unterführung dann im Jahr 2035 auch ohne Bundesgelder machen will. Das kommt aus dem gleichen Topf, der übrigens schon steuerfinanziert ist. Aber die Hauptlast das ist die Mineralölsteuer. Das ist eigentlich keine Steuer, sondern eine Gebühr.

André Kirchhofer, Einwohnerrat FDP

Wir sind uns gewohnt, einander hier im Einwohnerrat zuzuhören. Und es ist seit Jahren gelebte Tradition, dass man nicht klatscht. Der Präsident hat es gesagt. Und wir haben den Paragraphen 13, Absatz 2, unseres Geschäftsreglements: Wer sich nicht an die Ordnung hält, kann des Saales verwiesen werden. Ich bitte den Präsidenten, diesen Paragraphen durchsetzen. Es wäre fair, wenn man nicht bei den einzelnen Voten applaudiert, sondern einander vorurteilslos zuhört.

Ich erlaube mir eine kleine Replik zu Michael Wacker. Unsere politischen Grundeigenschaften und Überzeugungen gehen natürlich weit auseinander, indem dass du sagst, wenn schon Geld da ist, soll man das Geld auch abholen gehen. Das ist die Überzeugung einer linken Politik. Als liberale freisinnige Politiker sind wir anderer Meinung. Wir gehen das Geld abholen und investieren, wenn es aus unserer Sicht auch notwendig scheint und nicht, weil es einfach vorhanden ist.

Gian Guyer, Einwohnerrat (Grüne)

Ich möchte André Kirchhofer etwas entgegnen und zitiere Tobias Hottiger (FDP) aus dem Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 2018: Sollte der Einwohnerrat heute die Vorlage ablehnen, so wird der Kanton das weitere Vorgehen dekretieren, weil ansonsten die Agglomerationsbeiträge des Bundes gestrichen werden könnten. Ob dies für Zofingen vorteilhaft wäre, wird stark bezweifelt.

André Kirchhofer, Einwohnerrat (FDP)

Im Übrigen rede ich weder als FGPK-Präsident noch als Vertreter von Tobias Hottiger, sondern in meiner Eigenschaft als FDP-Ratsmitglied. Das ist meine persönliche Meinung und nicht die von Tobias Hottiger. Ich kann nicht für ihn sprechen.

Stéphanie Szedlák, Einwohnerrätin (Die Mitte)

Hier werden Ideologien diskutiert, wann und wie man Geld abholen soll oder nicht. Wir verlieren im Moment ein bisschen den Fokus. Das ist ein gutes Projekt. Wir haben gehört, weshalb es aus verschiedensten Gründen notwendig ist und dafür erhält man finanzielle Unterstützung.

Detailberatung

Marco Negri, Einwohnerrat (SVP)

Ich bin froh um das Statement vom Robert Weishaupt, dass der Finanzbeschluss genügt. In der Vorlage steht das nicht. In der Vorlage steht, dass ein Finanzbeschluss und eine Baubewilligung vorzulegen haben, damit der Bundesbeitrag aus dem Agglomerationsfonds von CHF 134'000 gesprochen wird. Das ist Fakt und entsprechend möchten wir mit unserem Ergänzungsantrag nur das festhalten, was in der Vorlage steht. Wir wollen nicht mehr, wir wollen nicht weniger. Wir wollen einfach das, was drinsteht. Wir wollen die Konkretisierung, dass die Bedingung steht, dass man die Bundesgelder bekommt. Ich bin froh um das Statement von Andrea Plüss bezüglich Erwähnung "abzüglich Beiträge Dritter". Es ist okay, aber es geht zu wenig weit. Weil, wenn die nicht kommen, wird das Geschäft trotzdem durchgewunken. Wir wollen es einfach konkretisiert haben, dass das eine Bedingung ist, dass das Geld fließt. Entsprechend bitten wir, unsere beiden Anträge zu unterstützen.

Attila Gygax, Einwohnerrat (glp)

Ich habe eine Frage zum zweiten Antrag der SVP. Dort wird lediglich von den Beiträgen des Bundes gesprochen. Es gibt aber auch Kantonsbeiträge. Was ist damit?

Marco Negri, Einwohnerrat (SVP)

Auf Seite 8 wird ausgeführt, dass beim Wasserbau der Bund voraussichtlich rund 30 Prozent der Kosten übernimmt. Wir sind extra nicht auf 30 Prozent, sondern auf 27 Prozent, dass man noch ein bisschen Spielraum hat. Wir wollen, dass der Bund die Beiträge entsprechend der Vorlage spricht und das ist einfach die Konkretisierung für den zweiten Antrag.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin (SP)

Ist ein solcher Ergänzungsantrag rechters? Kann ein Einwohnerrat den Bund in einem Antrag verpflichten? Das ist jetzt für mich nicht ganz nachvollziehbar. Wir reden von einem Geschäft von uns und machen das abhängig vom Bund. Das macht jetzt für mich absolut keinen Sinn.

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Der Antrag hätte zur Folge, dass der Kredit verfällt, wenn der Bund nicht zahlt. Es wird nicht der Bund zu etwas verpflichtet. Das könnten wir tatsächlich nicht.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin (EVP)

Ich habe eine Frage zum Prozess und zwar kenne ich es aus dem privaten Bereich. Wenn man Fördergelder aus dem Klimarappen will, dann macht man einen Antrag. Der Kanton sagt einem, was er voraussichtlich beitragen würde. Erst wenn alles gemacht ist und auch die Endabrechnung vorlegt, bekommt man den effektiven Betrag. Ist das auf Bundesebene ähnlich? Weil dann würde es nicht Sinn machen, wenn man jetzt so eine Klausel hineinschreibt und man erst am Schluss der Endabrechnung weiss, wie viele Prozent der Bund dann beigetragen hat.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Bis Ende Jahr wird der Kreditbeschluss benötigt. Wenn es Einsprachen gibt, dann haben wir eine Fristverlängerung. Das würde nicht heissen, dass man kein Geld bekommt. Die Bundesgelder sind zugesichert, die werden wir bekommen. Die beiden Anträge der SVP und der EVP-Die Mitte funktionieren beide. Wir schlage der Einfachheit vor, jenen der EVP-Die Mitte anzunehmen.

Adrian Borer, Einwohnerrat (glp)

Weist darauf hin, dass es beim Hochwasserschutz und bei der Revitalisierung ein zweistufiger Prozess sein kann. Zuerst wird das Projekt eingegeben, dann gutgeheissen und nachher muss es ausgeführt werden. Anschliessend wird nochmals kontrolliert, ob es so ausgeführt wurde, wie es eingegeben worden ist. Kann man das so versprechen, wie es Robert Weishaupt gesagt hat?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das kann bestätigt werden.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Der Änderungsantrag der EVP-Die Mitte müsste grundsätzlich sowohl in der Variante des Stadtrats wie auch in der Variante der SVP eingebaut werden. Deshalb macht es Sinn, erst zu klären, ob man den Antrag des Stadtrats oder jener der SVP will. In einem zweiten Schritt können wir dann die Frage klären, ob die Ergänzung der EVP-Die Mitte hinzugefügt werden soll. Der stadträtliche Antrag kommt immer zuerst zur Abstimmung.

Abstimmungen

Anträge

1. **Antrag Stadtrat**

Für die Wegverbreiterung und Wegverlegung des Rad- und Gehwegs entlang dem Bildungszentrum (BZZ und Tychweg) sowie längs der Badi und der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 783'185 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

1. **Antrag SVP**

Für die Wegverbreiterung und Wegverlegung des Rad- und Gehwegs entlang dem Bildungszentrum (BZZ und Tychweg) sowie längs der Badi und der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 783'185 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen, sofern der Bund seine Beiträge aus dem Agglomerationsfonds im Umfang von mindestens CHF 134'200 definitiv zusichert und beiträgt.

Eventualabstimmung: Der Antrag des Stadtrats wird dem Antrag der SVP gegenübergestellt:

Antrag Stadtrat: 17 Stimmen vs. Antrag SVP: 20 Stimmen

Der Antrag der SVP obsiegt.

2. Antrag Stadtrat

Für die Aufwertung, Renaturierung und partielle Verlegung des Mühletychs mit neuer Tychbrücke sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 940'485 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen.

2. Antrag SVP

*Für die Aufwertung, Renaturierung und partielle Verlegung des Mühletychs mit neuer Tychbrücke sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 940'485 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen, **sofern der Bund mindestens 27 % der allfallenden Kosten übernimmt.***

Eventualabstimmung: Der Antrag des Stadtrats wird dem Antrag der SVP gegenübergestellt:

Antrag Stadtrat: 17 Stimmen vs. Antrag SVP: 20 Stimmen

Der Antrag der SVP obsiegt.

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Nun geht es darum, diesen Antrag der SVP allenfalls mit dem Antrag der EVP-Die Mitte zu ergänzen.

1. Antrag SVP

Für die Wegverbreiterung und Wegverlegung des Rad- und Gehwegs entlang dem Bildungszentrum (BZZ und Tychweg) sowie längs der Badi und der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 783'185 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen, sofern der Bund seine Beiträge aus dem Agglomerationsfonds im Umfang von mindestens CHF 134'200 definitiv zusichert und beiträgt.

1. Antrag EVP-Die Mitte

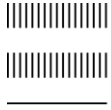
*Für die Wegverbreiterung und Wegverlegung des Rad- und Gehwegs entlang dem Bildungszentrum (BZZ und Tychweg) sowie längs der Badi und der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 783'185 (inkl. MWST), **abzüglich Beiträge Dritter und** zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen, sofern der Bund seine Beiträge aus dem Agglomerationsfonds im Umfang von mindestens CHF 134'200 definitiv zusichert und beiträgt.*

Eventualabstimmung: Der Antrag der SVP wird dem durch den Antrag der EVP-Die Mitte ergänzten Text gegenübergestellt:

Der Ergänzungsantrag der EVP-Die Mitte wird einstimmig angenommen und die aktuelle, bereinigte Form des Antragstextes kommt in die Schlussabstimmung.

2. Antrag SVP

*Für die Aufwertung, Renaturierung und partielle Verlegung des Mühletychs mit neuer Tychbrücke sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 940'485 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen, **sofern der Bund mindestens 27 % der allfallenden Kosten übernimmt.***



2. Antrag EVP–Die Mitte

Für die Aufwertung, Renaturierung und partielle Verlegung des Mühletychs mit neuer Tychbrücke sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 940'485 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter und zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen, sofern der Bund mindestens 27 % der allfallenden Kosten übernimmt."

Der Ergänzungsantrag der EVP-Die Mitte wird einstimmig angenommen und die aktuelle, bereinigte Form des Antragstextes kommt in die Schlussabstimmung.

Schlussabstimmungen

1. *Für die Wegverbreiterung und Wegverlegung des Rad- und Gehwegs entlang dem Bildungszentrum (BZZ und Tychweg) sowie längs der Badi und der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 783'185 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter und zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen, sofern der Bund seine Beiträge aus dem Agglomerationsfonds im Umfang von mindestens CHF 134'200 definitiv zusichert und beiträgt.*

Dem Antrag wird mit 19:17 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. *Für die Aufwertung, Renaturierung und partielle Verlegung des Mühletychs mit neuer Tychbrücke sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 940'485 (inkl. MWST), abzüglich Beiträge Dritter und zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen, sofern der Bund mindestens 27 % der allfallenden Kosten übernimmt."*

Dem Antrag wird mit 19:17 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 4

ER.2023.028

Obere Mühlemattstrasse - Verpflichtungskredit Sanierung und Neugestaltung

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Negri, Mehrheitssprecher FGPK

Bei diesem Verpflichtungskredit geht es um die Sanierung und Neugestaltung der Oberen Mühlemattstrasse. Der Stadtrat beantragt dafür CHF 1,426 Mio. In einem mit den Anwohnenden breit angelegten partizipativen Prozess ist die Neugestaltung ausgearbeitet worden. Das Resultat aus dem Prozess beinhaltet eine Begegnungszone mit Tempo 20, eine Reduktion der Strassenbreite um 6,3 m auf neu 5,2 m, eine Aufhebung des Trottoirs, mehrere Neuschaffungen von Grünflächen und Grüninseln mit Bäumen sowie eine Aufwertung des Spielplatzes Buchmattweg.

Das Geschäft wurde in der FGPK mit Stichentscheid des Präsidenten zur Ablehnung empfohlen. In der FGPK wurden vor allem kritische Fragen bezüglich des Umfangs der Sanierung und Neugestaltung der Oberen Mühlemattstrasse gestellt. Bei diesem Geschäft wurde lediglich der durchzuführende Strassenbau aufgrund der Leitungssanierung und die Erstellung der behindertengerechten Bushaltestellen als wirklich notwendig erachtet. Die restlichen neuen Gestaltungsmaßnahmen sind nicht zwingend nötig und resultieren grösstenteils aus den Wünschen aus dem partizipativen Prozess. Ähnlich der vorherigen Vorlage steht das Wünschbare dem Notwendigen gegenüber. Einer-

seits sehen wir keine Notwendigkeit in diesem Umfang und andererseits wird die grosse Kreditsumme von CHF 1,426 Mio. als zu hoch empfunden. Darum haben die vier FGPK-Mitglieder die Ablehnung beantragt.

Michael Wacker, Minderheitssprecher FGPK

Diese Vorlage wird als sehr gut betrachtet. Die Kommissionsminderheit hat das Projekt für gut befunden und empfiehlt es zur Annahme. Der Hauptbeweggrund ist, dass im vorliegenden Projekt ein Strassenbau (Werkleitungssanierungsprojekt) und ein Quartierentwicklungsprojekt in einer Vorlage verknüpft worden sind. So baut man im Jahr 2023 Quartierstrassen! Es geht darum, 4'000 m² Strasse umzubauen und zusätzlich am Buchmattweg einen Spielplatz aufzuwerten. Aus dem partizipativen Prozess ist ein Zwischenbericht aus dem Jahr 2021 vorhanden, aber ebenfalls ein Nutzungskonzept zur Oberen Mühlemattstrasse wie auch ein Nutzungskonzept zum Spielplatz Buchmattweg. Zu den Kosten: Die Abfallwirtschaftskosten, die sind tatsächlich fakultativ. Die Frage ist, ob man eine Unterflursammelstelle in diesem Gebiet will oder nicht. Die Kommissionsminderheit findet das so oder so eine gute Sache. Die Abwasserkosten von rund CHF 100'000 Franken werden der Abwasserkasse belastet. Somit bleiben der Einwohnergemeinde für den Strassenbau inklusive Spielplatz und den Buswarteinrichtungen CHF 1,2 Mio. Der Bund beteiligt sich mit CHF 262'500. Es resultieren für die Einwohnergemeinde CHF 916'331.

Die Alternative wäre, lediglich die Werkleitungen zu sanieren und einen neuen Belag einzubauen. Eine Belagssanierung kostet mindestens CHF 200 Franken pro m². An der Oberen Mühlemattstrasse bedeutet dies für 4'000 m² CHF 800'000 Franken. Dazu kommen CHF 100'000 für die Bushäuschen. Das ergibt CHF 900'000. Folglich ist das Aufwertungsprojekt im Bereich Strassenbau genau CHF 20'000 teurer. Die Kosten für das Abwasser fallen trotzdem Zulasten der Abwasserwirtschaft an. Die Schachtanpassungen müssen in diesem Zusammenhang immer gemacht werden. Im Gegensatz zum vorliegenden Projekt bräuchte es dann wahrscheinlich auch noch neue Einlaufschächte.

Das Fazit ist, dass man zum Preis einer notwendigen Strassensanierung, bedingt durch die Werkleitungen, eine neue Strasse inklusive Quartieraufwertung bekommt.

Zur Quartieraufwertung: Im Siedlungsentwicklungskonzept der Stadt Zofingen aus dem Jahr 2020 ist ein Stichwort die Quartierentwicklung mit partizipativem Ansatz. Im Legislaturprogramm 2018-2021 kann man ebenfalls die aktive Quartierentwicklung als Legislaturziel vorfinden. Dasselbe liest man im aktuellen Legislaturprogramm mit dem Zusatz, dass man BGK (Betriebs- und Gestaltungskonzepte) zur Aufwertung von Quartierstrassen machen will. Als weiteres Argument für die Quartieraufwertung, respektive für den Spielplatz Buchmattweg, kann man im Evaluationsbericht zum Thema «UNICEF - kinderfreundliche Gemeinde» (die Stadt hat ja dieses Label bekommen) etwas über Defizite im Bereich der Spielplätze nachlesen.

Beim vorliegenden Projekt haben wir nicht nur ein Strassenbau- oder eine Werkleitungsvorlage, sondern effektiv das erste Mal ein Quartieraufwertungsprojekt in Zofingen. Und das zu einem günstigen Preis. Das ist einer der Beweggründe, weshalb die Kommissionsminderheit die Vorlage unterstützt. Zum Thema Unterhalt: Das Wasser wird neu über die Schulter entwässert. Es fallen ca. CHF 1'200 Anschlussgebühren pro Jahr weg sowie die Reinigung der Einlaufschächte. Neue Kosten gibt es für den Unterhalt der Grünflächen.

Beim Projekt Rosengarten engagieren sich verschiedenste Leute in der Pflege des Rosengartens. Analog könnte man sich erkundigen, ob Personen gewisse Verantwortungen bezüglich der Pflege dieser Grünflächen im Quartier übernehmen würden. Das wäre ein konstruktiver Ansatz.

Fazit: Das Projekt ist aus unserer Sicht sinnvoll in den Bereichen Quartier, Strassenbau und Quartierentwicklung. Ein Nebeneffekt sind Ökologie und Klimaschutz, insbesondere im Mikroklima. Auf der Klimakarte des Kantons ist die Obere Mühlemattstrasse rot eingezeichnet. Aus diesem Grund erachtet die Kommissionsminderheit das Projekt als notwendig und empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp)

Inhaltlich ist Antrag bei der GLP unbestritten. Es macht absolut Sinn, nach den Sanierungsarbeiten nicht wieder den gleichen Zustand herzustellen, sondern die Wohnqualität im Quartier zu verbessern. Die breite Strasse war ursprünglich als Kantonsstrasse vorgesehen: Diese Fehlplanung kann jetzt korrigiert werden. Die glp bedankt sich für eine gut vorbereitete Vorlage und begrüsst das aufwendige partizipative Verfahren. So konnten die Bedürfnisse der Anwohner berücksichtigt werden. Heute bewertet eine Mehrheit der Anwohner das Projekt als gut oder sehr gut.

Nur die Beurteilung, ob notwendig oder wünschbar, und der Einfluss auf die Gesamtverschuldung gaben Anlass zur Diskussion. Im Finanz- und Investitionsplan waren CHF 750'000 für das Projekt eingestellt. Dies scheint im ersten Moment nicht vergleichbar mit den beantragten CHF 1,4 Mio. Der Betrag, welcher die Einwohnergemeinde belastet, beträgt nach Abzug der Beiträge von Bund und Kanton sowie aus der Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft und Abwasser am Schluss CHF 916'000.

Selbst wenn die Vorlage abgelehnt würde, hätte die Stadt gebundene Ausgaben von ca. CHF 900'000, um den Belag nach der Sanierung der Werkleitungen wiederherzustellen und die beiden Bushaltestellen behindertengerecht zu sanieren. Diese Ausgaben sind zwingend und werden die Gesamtverschuldung sowieso belasten. Aus Sicht der glp bekommt Zofingen für etwas mehr Geld ein sehr gutes Projekt mit einem hohen Wert, von dem auch zukünftige Generationen profitieren. Auch die Belastung der Spezialfinanzierungen Abfallwirtschaft und Abwasser sind im akzeptablen Rahmen. Das Projekt bringt nicht nur mehr Wohnqualität für die Anwohner, sondern macht Zofingen auch längerfristig als Wohnort attraktiver. Die GLP wird beiden Anträgen des Stadtrats zustimmen.

Daniel Gygax, Einwohnerrat FDP

Die Fraktion FDP-Zofingen macht's lehnt das Geschäft, so wie es vorliegt, ab. Warum? Grundsätzlich geht es um eine Sanierung der Werkleitung. Die ist nötig und die ist offensichtlich, das haben wir im Investitionsplan und wir nehmen zur Kenntnis, dass es ein partizipatives Projekt gewesen ist. Das finden wir mehr als gut und wir sagen schon fast, es ist lässig, als Bewohnerinnen und Bewohner mitreden zu dürfen. Man darf einen ganzen Blumenstraus an Wünschen anbringen. Das ist absolut legitim und ich bin mir sicher, wir haben Anwohnerinnen und Anwohner von der Oberen Mühlemattstrasse heute hier. Ihr habt absolut nichts falsch gemacht. Und wir begrüssen das. Wir begrüssen auch die Forderungen nach Begegnungszonen und die Quartieraufwertung. Ich habe an der Einwohnerratssitzung am 24. Oktober 2022 ausdrücklich die Hand ausgestreckt. Die einen oder anderen kennen meine Arbeit in der Sportkommission. Wir haben ein Problem in der Stadt Zofingen. Wir pflegen unsere Spielplätze nicht. Das ist ein Bedürfnis. Es ist mir neu, dass wir jetzt auch noch einen Klassenkampf haben in Zofingen zwischen Ost und West. Den wollen wir eben nicht. Wir brauchen für Spielplätze, Freizeitanlagen und Sportanlagen in der Stadt Zofingen dringendst ein Konzept, und das für alle 12'500 Bewohner der Stadt Zofingen und nicht nur für ein paar wenige. Eine Stadt für alle und nicht für ein paar wenige.

Wir haben in diesem Geschäft eine Unterflursammelstelle. Wir haben wenige 100 Meter von der Oberen Mühlemattstrasse eine Unterflursammelstelle im Bau. Wir haben schon mehrfach den Stadtrat darum gebeten, ein Abfallkonzept für alle 12'500 Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zofingen vorzulegen. Der Stadtrat schuldet uns seit drei Legislaturen das Konzept für das ganze Stadtgebiet.

Wir würden uns wirklich wünschen, wenn das Quartier so aufgewertet wird, wie es in dieser Vorlage drinsteht. Aber das dann, wenn es nötig ist, eine Unterflursammelstelle zu bauen und nicht dann, wenn es von einzelnen gewünscht wird. Und Spielplätze dann zu sanieren und aufzuwerten, wenn die Stadt Zofingen für alle 12'500 Einwohnerinnen und Einwohner ein Konzept hat. Die Fraktion macht einen **Rückweisungsantrag**, damit der Stadtrat die Möglichkeit hat, schnellstmöglich das Geschäft wieder zu bringen.

Michèle Graf, Fraktionsvotum EVP-Die Mitte

Bei der Behandlung dieses Geschäfts haben wir die Kosten und Nutzen abgewogen. Dass das Geschäft viel Geld kostet und man es nicht für alle Anwohner perfekt machen kann, ist uns von der Fraktion EVP-Die Mitte bewusst. Weil die Werkleitungen ersetzt werden müssen, der Bodenbelag und die beiden Bushaltestellen erneuert werden müssen, erscheint uns der Zeitpunkt für die Aufwertung des Quartiers optimal zu sein. Darum wird die Fraktion das Geschäft befürworten. Die Annahme dieses Geschäfts erfolgt mit der Erwartung, dass sich das Quartier künftig zu einem familienfreundlichen, soziologisch gut durchmischten und ökologisch aufgewerteten Ortsteil von Zofingen entwickelt.

Über die künftige Sicherheit der Fussgänger haben wir uns Gedanken gemacht und lange diskutiert. Die Strasse wird stark verschmälert und das Trottoir kommt weg. Das stellt im Moment nicht für alle eine befriedigende Lösung dar. Trotzdem überwiegen aber für uns die Vorteile dieses Projekts.

Marco Negri, Fraktionsvotum SVP

Das Resultat aus dem partizipativen Prozess beinhaltet eine Begegnungszone mit Tempo 20, die Reduktion der Strassenbreite um 6,2 m auf 5,2 m – das ist eine Reduktion um mehr als die Hälfte von einer bisher nutzbaren Strasse – die Aufhebung des Trottoirs und die Neuschaffung von Grünflächen. Genau hier ortet die SVP-Fraktion auch eine gewisse Herausforderung: So gern wir den partizipativen Prozess auch haben, so schwierig wird es, dass man nachher relativ viele Einzelinteressen oder Interessen von einzelnen Anwohnern für das Projekt bekommt. Das Projekt bekommt dann entsprechend ein Ausmass, das so ursprünglich nicht geplant gewesen ist. Der Auslöser des Geschäftes ist die Sanierung der vorhandenen alten Werkleitungen durch die StWZ. Diese Sanierung der Werkleitung gerät in dieser Vorlage völlig in den Hintergrund und wird lediglich im Einleitungssatz und im Nebensatz auf Seite 2 erwähnt. Somit ist aus einer notwendigen Werkleitungssanierung ein wünschbares Projekt geworden. Angesichts der angespannten finanziellen Investitionssituation der Stadt Zofingen, hat dies von uns aus keine Umsetzungspriorität. In den vergangenen Wochen habe ich persönlich erfahren, dass nicht alle Anwohnenden hinter dem Projekt stehen. Ich bin von mehreren Personen kontaktiert worden, die mit dem Ausgang des partizipativen Prozesses nicht einverstanden sind, sich zu wenig wahrgenommen fühlen und teilweise keine Antworten auf ihre Fragen bekommen haben. Sie würden sich entsprechend gegen das Projekt aussprechen.

Zudem treibt die Absicht, mehrere solche Grüninseln und Bäume zu schaffen, nicht nur die eigentlichen Kosten des Projekts in die Höhe, sondern auch die nicht ausgewiesenen nachgelagerten Unterhaltsaufwendungen im Zusammenhang mit der Pflege dieser Grünstreifen und Bäume. Ausserdem führt die massive Fahrbahnverengung unweigerlich dazu, dass sich der öffentliche Bus und die übrigen Verkehrsteilnehmenden auf einem Abschnitt von mehreren 100 Metern in die Quere kommen. Dieses Argument haben wir schon dazumal beim Eisengrubenweg ins Feld geführt und wir werden es konsequenterweise hier auch tun, weil das gleiche Problem daraus entsteht. Das schlechtere Queren von diesen Fahrzeugen auf der schmäleren Fahrbahn geschieht im Beisein von mehrheitlich jungen Verkehrsteilnehmenden, welche mit ihren Velos und Töfflis zu den Sportanlagen und zur Badi fahren. Anstatt die Verkehrssicherheit mit Grünstreifen zu verschlechtern, wäre es angezeigt, dass man die vorhandene Fahrbahnbreite grosszügig mit Velospuren nutzt. Zusammenfassend handelt es sich für uns um ein überdimensioniertes, im Kontext der finanziellen Situation nicht prioritäres Gesamtprojekt. Zudem soll kein Präjudiz für allfällige weitere Strassenumgestaltungswünsche auf dem gesamten Gemeindegebiet Zofingen-Mühlethal geschaffen werden, da die Interessen einzelner Quartiere nicht mit den Interessen der gesamten Steuerzahlerschaft deckungsgleich sind. Entsprechend wird die SVP Zofingen den Antrag ablehnen, respektive den FDP-Antrag unterstützen.

Salome McNaught, Fraktionsvotum SP

Die Fraktion SP bedankt sich für die ausgezeichnete Vorlage. Es sind dem Einwohnerrat alle notwendigen Informationen übersichtlich und vollständig dargelegt worden. Auch der Prozess der Erarbeitung dieses Projekts in einem partizipativen Verfahren scheint uns zukunftsweisend und darf gerne auch bei anderen Projekten so angewendet werden.

Die Werkleitungen an der Oberen Mühlemattstrasse haben Sanierungsbedarf. Die SP begrüsst es, dass im Rahmen dieser Sanierung auch eine Quartieraufwertung stattfinden soll. Es macht aus vielerlei Gründen Sinn, das so zu machen. Vor allem, wenn man beachtet, dass die Sanierung alleine keinen grossen finanziellen Unterschied ausmachen würde. Die Ausgaben mit oder ohne Quartieraufwertung sind vergleichbar. Ausserdem würden weitere, wichtige Förderbeiträge vom Bund bei zukünftigen Projekten allenfalls gekürzt werden. Wir sparen also nicht unbedingt Geld, wenn wir uns nur auf die Sanierung der Werkleitungen beschränken. Das Projekt der Oberen Mühlemattstrasse könnte zudem als Vorzeigeprojekt für die ganze Region dienen. Die Situation auf der Strasse ist heute nicht gut. Es stehen beidseitig mehrere Autos parkiert, was die Übersicht reduziert und somit das Risiko erhöht. Die Verkehrssicherheit ist also auch heute nicht gegeben.

Eine Aufwertung ist folglich mehr als nur wünschenswert. Sie ist notwendig und stellt einen wichtigen Schritt zur Entwicklung des Quartiers dar. Gerade hinsichtlich des partizipativen Vorgehens würde es jetzt auch quer in der Landschaft stehen, wenn wir als Einwohnerrat den Quartieranwohnenden die Aufwertung verwehren, nachdem sie mit ihnen zusammen so intensiv erarbeitet worden ist. Die Unterflursammelstelle macht in unseren Augen Sinn.

Ich würde gerne noch auf einen weiteren, bereits erwähnten Punkt eingehen: Ein Konzept für alle Spielplätze in Zofingen ist sicherlich wünschenswert. Dies als Grund zu anzuführen, jetzt einen Spielplatz nicht zu sanieren, dünkt mich allerdings nicht nachvollziehbar.

Die SP wird beiden Anträgen zustimmen.

Alice Sommer, Fraktionsvotum Grüne

Die Fraktion der Grünen ist hochofret über das vorbildliche Projekt und die informative und übersichtliche Vorlage. Das Projekt unter der Federführung von Stadtrat Andreas Rügger FDP ist sorgfältig und unter Einbezug verschiedenster Akteure aufgezogen und erarbeitet worden. Unter dem Punkt Projektorganisation auf Seite 2 wird ersichtlich, dass nebst den Anwohnenden des Quartiers auch verschiedene Fachpersonen involviert waren: Eine Vertretung der Regionalpolizei, der Schule, des Busbetriebs, des Naturamas, des Werkhofs, der Fachstelle Natur und Landschaft, der Fachstelle Kind, Jugend, Familie und Alter und der offenen Jugendarbeit. Die Zusammensetzung ist beeindruckend und zeigt, wie überlegt das ganze Projekt ist.

Die viel geforderte Partizipation, die im aktuellen Legislaturprogramm aufgeführt ist, ist im Projekt vorbildlich zur Anwendung gekommen. Und nicht nur der Aspekt der Partizipation ist berücksichtigt worden, sondern diverse Punkte aus dem laufenden Legislaturprogramm und das ist sehr transparent dargestellt. Massnahmen für ein gutes Mikroklima, aktive Quartierentwicklung, Umsetzung der Velomassnahmen, Förderung der Biodiversität, Umsetzung der Agglomerationsprogramme, Schaffen einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und der Reduktion des Energieverbrauchs bei der Beleuchtung.

All diese Punkte sprechen für die Umsetzung des Projekts. Aus diesem Grund wird die Fraktion der Grünen beiden Anträgen dieses Geschäfts zustimmen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Ich spreche zuerst nur zur Rückweisung. Eine Rückweisung bringt gar nichts. Im Gegenteil, sie verursacht vor allem mehr Kosten. Ich gebe zu bedenken, dass die zurückgebaute Verkehrsfläche in Grün- und Freiflächen im Unterhalt über den Lebenszyklus betrachtet um einiges günstiger ist, als

wenn man die Obere Mühlemattstrasse, nachdem die StWZ die Leitungen saniert hat, wieder in ihren Ursprungszustand zurückbauen würde. Wir sparen also zukünftig wieder bei der Belagssanierung, weil die Fläche einiges kleiner wird. Wenn die StWZ den Belag aufreissen, um Werkleitungen zu sanieren, zahlen wir prozentual mit. Je älter der Belag, umso höher ist unser Anteil. Dafür gibt es einen Vertrag mit den StWZ. Das wäre im Grunde genommen eine gebundene Ausgabe und wir können Sie nicht streichen. Wir haben auf dem Abschnitt noch zwei Bushaltestellen, die noch nicht behindertengerecht angepasst sind. Dazu sind wir verpflichtet und müssen das bis am 1. Januar 2024 gemacht haben.

Die Anpassungen für die fehlende Warteinfrastruktur ist auch eine gebundene Ausgabe. Einen Verzicht können wir auch nicht machen. Nicht zu vergessen sind die Einsparungen bei der Abwasserentsorgung, wenn Regenwasser versickert, anstatt dass es in die ARA geht, auch wenn diese Kosten im Vergleich zu den Gesamtkosten marginal sind. Auch die 16 Ablaufschächte, die nicht mehr unterhalten werden müssen, sparen Geld ein. Wo man bei diesem Projekt noch Einsparungen machen will, wissen wir nicht. Vielleicht dadurch, dass Bäume weggelassen werden, keine Bänklein zum Sitzen erstellt werden, gar keine Parkplätze mehr eingerichtet werden oder die Unterflursammelstelle nicht realisiert wird. Doch auch die soll zukünftig Kosten in der Abfallkasse senken. Viel Geld, das irgendwann nicht mehr ausgegeben werden muss. Das Abfallkonzept ist aktuell wieder im Stadtrat und ich glaube, wir finden jetzt dann bald einen gemeinsamen Nenner. Die Unterflursammelstelle passt übrigens auch in das kommende Konzept hinein. Es macht an diesem Standort Sinn. Es ist eine Ergänzung zum Eisengrubenweg. Dort ist nur die Entsorgung von Schwarzabfall möglich. An der Oberen Mühlemattstrasse soll analog der Zelglistrasse auch die Entsorgung von Glas und Metall möglich sein.

Die Sanierung des Spielplatzes würden wir machen, weil wir dazu wegen dem UNICEF-Label "Kinderfreundliche Stadt" praktisch verpflichtet sind.

Alle Beiträge sind seit längerem im Finanz- und Investitionsplan aufgeführt gewesen. Sie passen ins Budget. Es können nicht alle Massnahmen mit Geld bewertet werden. Die Entsiegelung leistet einen Beitrag ans Mikroklima. Das Quartier wird gesamthaft aufgewertet. Das Wohnen wird attraktiver und der Wohnwert des gesamten Quartiers erfährt damit eine Aufwertung. Die geplante Begegnungszone schafft eine Verbesserung der Verkehrssituation. Die Auswirkungen auf die Agglomerationsgelder sind schwierig abzuschätzen. Das Thema haben wir vorher schon gehabt. Darum bitte ich alle, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Als nächster Punkt ist zwingend der Rückweisungsantrag an der Reihe, weil das ein Ordnungsantrag ist. Das heisst, jetzt gibt es nur Wortmeldungen für oder gegen die Rückweisung.

Michael Wacker, Einwohnerrat SP

Bezüglich Unterflursammelstelle habe ich gesagt, dass die Kommissionminderheit der FGPK das als sinnvoll anschaut. Seit dem 24.06.2019 ist ein Postulat hängig, das ich zusammen mit Rudolf Günthard hier drinnen als dringlich habe erklären lassen. Das ist durchgekommen mit der Aufforderung an den Stadtrat, sämtliche Arbeiten an Unterflursammelstellen zu sistieren. Es ging um eine Unterflursammelstelle an der Schifflände, wo man Bäume hat fällen wollen. Seither ist das Abfallkonzept beim Stadtrat hängig. Dieses war eine Forderung in unserem Postulat. Ich habe diverse Versionen gesehen. Warum es noch nicht verabschiedet worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich schaue es als unschön an, aber mit dem muss man manchmal in der Politik leben.

Robert Weishaupt hat es gesagt: Am Eisengrubenweg wird der oberirdische Sammelplatz durch eine unterirdische Anlage ersetzt.

An der Oberen Mühlemattstrasse geht es nicht nur um die Abfallsäcke, sondern es geht um eine Unterflursammelstelle analog Zelgli, Untere Promenade oder Forstacker. Ich habe es schon in der

FGPK gesagt: Das ist die letzte Unterflursammelstelle, die ich hier bewillige und zwar aus folgendem Grund: Sie macht an diesem Ort Sinn und kommt jetzt einige CHF 10'000 günstiger. So viel zum Thema Konzepte im Bereich Abfall.

Jetzt sind wir bei den Konzepten. Es gibt beispielsweise ein Naturschutzkonzept. Das nennt sich Leitbild Natur und Landschaft und stammt aus dem Jahr 2011. Ich bin Mitglied der Kommission Natur und Landschaft und lasse mich manchmal zur Aussage hinreissen, das sei ein Papiertiger, weil er im Stadtrat nicht bekannt ist und weil er in der Verwaltung nicht bekannt ist. Was nützen uns dann die Konzepte? Auf das Sportkonzept wird seit Jahren gewartet. Wegen einem fehlenden Sportkonzept hoffe ich nicht, dass dann der Einwohnerrat an der Sitzung im November den Wunschbedarf der Sanierung der Trinerplatten ablehnt oder zurückweist.

Wir können Konzepte fordern, die kosten viel Geld. Sie kommen einmal, sie kommen irgendwann, vielleicht auch nicht. Wenn man dem Rückweisungsantrag zustimmt, dann verschieben wir das Vorhaben an der Oberen Mühlemattstrasse auf unbestimmte Zeit. Der Rückweisungsantrag soll abgelehnt werden.

Attila Gygax, Einwohnerrat glp

Dass ich gewisse Sympathien für den Rückweisungsantrag habe, ist kein Geheimnis. Daniel Gygax hat gesagt, die Hauptgründe sind der Spielplatz und die Unterflursammelstelle. Kann ich das richtig interpretieren, dass der Rest des Geschäftes aus Sicht der FDP-Fraktion so vollkommen stimmig wäre; sprich Strassenbreite, Grünräume, Bäume, Temporegime usw.? Ich denke, die Beantwortung davon wäre noch relevant, weil wir haben eine SVP-Fraktion, die genau das kritisiert. Nachher stelle ich die Frage an den Stadtrat, was dieser mit einer Rückweisung machen würde.

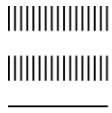
Claudia Schürch, Einwohnerrätin EVP

Ich kann verstehen, dass man den Anspruch hat, mit Konzepten an Sachen heranzugehen und es in Zofingen überall etwa gleich machen will. Aber Zofingen ist einfach nun mal nicht überall gleich. Meine Frage an die Fraktionen FDP/Zofingen macht's: Wenn man ein Spielplatzkonzept bekommt, das für ganz Zofingen gilt, was leitet man denn daraus ab? Wird das Projekt wirklich anders? Wenn man ein Abfallkonzept hat, das für ganz Zofingen gilt, wird dann an dieser Vorlage wirklich etwas anders? Und wieso fordern wir dann nicht noch ein Schulwegkonzept, ein Parkplatzbewirtschaftungskonzept, ein Grünflächenunterhaltskonzept, ein Bushaltestellenplatzierungskonzept, ein Naherholungskonzept und ganz wichtig, ein Konzept wie man überhaupt einen partizipativen Prozess in Zofingen machen will, damit alle Eventualitäten ausgerollt sind, bevor man irgendwo in Zofingen mit irgendetwas anfängt. Ich verstehe nicht ganz, woher der Anspruch kommt, zuerst genug Konzepte zu haben, bis wir irgendwo etwas machen dürfen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat FDP

Ich spreche nicht als FGPK-Präsident und ich spreche auch nicht für die Fraktion, sondern als Einwohnerrat. Ich versuche zwei Aspekte einzubringen, die vielleicht noch nicht ganz so deutlich herausgearbeitet worden sind. Vielleicht aber gleich noch vorweg: Claudia Schürchs Votum kann ich durchaus unterstützen. Ich bin 2011 hier in den Rat eingetreten und einer meiner ersten Vorstösse hat gelautet "Konzeptionitis in Zofingen". Ich habe mich dagegen gewehrt, dass allzu viele Konzepte geschrieben werden. Diese Haltung vertrete ich heute noch. Ich bin aber dafür, dass, wenn Konzepte vorhanden sind, diese Konzepte entsprechend umgesetzt und ernstgenommen werden. Ich habe nicht auf das eingehen wollen, sondern erstens auf einen finanz- und zweitens einen staats- oder zumindest demokratiepolitischen Aspekt bei den Finanzen.

Wir haben in den nächsten 10 Jahren gemäss den Investitions- und Finanzplänen von Zofingen ein Investitionsvolumen von rund CHF 104 Millionen. Die 104 Millionen machen weitaus mehr aus als das, was wir jetzt dann im November im Rahmen der Budgetberatung diskutieren werden. Wir haben



ein paar Stellschrauben an unseren Finanzen. Wir haben eine wichtige Stellschraube, was gebundene Ausgaben anbelangt, sprich vor allem Stellenerhöhungen. Wir haben eine Stellschraube Steuerfuss und wir haben eben die Stellschraube Investitionen. Was ich ganz generell ein bisschen vermisse im Rat, ist, dass die Fraktionen, wenn sie ein Geschäft vor sich haben, auch eine Einordnung der entsprechenden Investition in den Gesamtkontext aller anstehenden Investitionen vornehmen würden.

Eine Aufwertung dieses Strassenraumes ist inhaltlich an sich unbestritten. Ich komme jetzt zum zweiten Aspekt der Partizipation. Es ist von Alice Sommer gesagt worden «die viel geforderte Partizipation». Der Ausdruck ist auch im Fraktionsbericht der Grünen gestanden. Da ist ein bisschen meine Frage: Was heisst «viel geforderte Partizipation»? Wenn das im Legislaturprogramm des Stadtrats drinsteht, kann man noch nicht behaupten, dass das viel gefordert ist. Sondern das ist eine Zielsetzung des Stadtrats und nicht von irgendjemand anderem. Daher glaube ich nicht, dass man «viel gefordert» einfach so im Raum stehen lassen kann. Grundsätzlich ist das aber aus meiner Sicht keine Negierung, dass man partizipieren soll. Das ist nicht so. Ich finde die Partizipation an und für sich auch wichtig, aber so wie es jetzt gemacht worden ist, finde ich es alles andere als vorbildlich. Wieso? Die Partizipation, so wie sie jetzt gelaufen ist, ist auf die Anwohnenden bezogen worden. Auch das ist grundsätzlich völlig legitim. Aber die Hauptbetroffenen sind am Partizipationsprozess nicht beteiligt worden und das sind eigentlich die Steuerzahler. Das sind die, welche wir vertreten. Es gibt ein bewährtes, jahrzehntealtes Instrument, um eine Partizipation zu ermöglichen, woran sich jeder Mann und jede Frau beteiligen kann. Das Instrument gibt es auf nationaler Ebene, auf kantonaler Ebene und auf kommunaler Ebene und es nennt sich Vernehmlassung. Und wenn der Stadtrat eine Vernehmlassung durchführt, gerade bei etwas, was eine gewisse finanzielle und eine gewisse inhaltliche Bedeutung hat, dann kann sich eben jede Gruppe, jede Person, jede Partei und wer auch immer noch will, an dem Prozess partizipativ beteiligen. Wenn aber der Stadtrat die Gruppe beschränkt, sei es jetzt auf die Anwohner oder auf sonst einen Verein oder was auch immer, ist automatisch der Rest ausgeschlossen. Das ist für mich nicht eine vollständige Partizipation, sondern es ist nur eine teilweise Partizipation. Das Gefährliche an diesem Vorgehen ist, dass da von einer Teilgruppe Interessen formuliert werden, die dann als allgemein verkauft werden. Es werden Kosten von ca. CHF 300'000 durch diese Wünsche dazukommen, die zum Teil absolut berechtigt und nachvollziehbar sind. Damit schaffen wir aber ein Präjudiz. Wollen wir jedes Mal, bei jedem Projekt so eine Partizipation machen, wo die jeweiligen Anwohner sich auf den Standpunkt stellen können «Bei der Oberen Mühlemattstrasse hat die Anwohnerschaft auch Wünsche vorbringen dürfen, also haben wir genau das gleiche Recht»? Es kommt entsprechend zu sinnvollen oder auch nicht sinnvollen Aufstockungen des entsprechenden Projekts und das finde ich etwas Gefährliches. Weil damit entmachten wir uns - und da rede ich vom Stadtrat und vom Einwohnerrat - ein Stück weit auch selbst. Wir sind als Repräsentanten der Bevölkerung von Zofingen gewählt worden. Wir repräsentieren logischerweise nicht alle genau die gleichen Leute. Aber trotzdem bilden wir die Mehrheit der Bevölkerung ab. Wir sind eben nicht in einer Gemeindeversammlung, sondern im Einwohnerrat und sollten den Mut haben, Entscheide ohne Beeinflussung durch eine Teilgruppe selbst zu treffen. Salome McNought hat es beim Namen genannt: Wir können das nicht ablehnen. Es würde quer in der Landschaft stehen, wenn man jetzt die Wünsche, welche geäussert worden sind, ablehnen würde. Das meine ich genau mit «ein Präjudiz schaffen». Wenn man immer so vorgeht, haben wir als Einwohnerrat und als Stadtrat gar keine Möglichkeit mehr, uns inhaltlich und finanzpolitisch zu solchen Geschäften zu äussern. Darum finde ich es wichtig, dass man das Geschäft jetzt zurückweist und dem Stadtrat die Chance gibt, die Wünsche noch einmal anzuschauen und zu priorisieren und nicht einfach, weil man nicht den Mut hat, selbst zu entscheiden und es einfach so hinnimmt, eigentlich keine Priorisierung vorzunehmen. In diesem Sinne habe ich grosse Sympathien für diese Rückweisung und werde das entsprechend unterstützen.

Daniel Gygay, Einwohnerrat

Die FDP-Fraktion bietet nicht Hand für Klassenkampf. Wir spielen weder Sport gegen Quartier noch Kultur gegen sonst irgendetwas aus. Wir wollen eine Stadt für alle und darum gehe ich nicht auf das Votum bezüglich Trinerplatten ein. Zum gescheiterten Geschäft bezüglich Partizipation äussern wir uns dann im November.

Bezüglich des Votums der Fraktion EVP-Die Mitte: Ein Sportkonzept ist der Ausfluss einer Vision von einer Strategie. Diese fehlt. Ein Teil eines Sportkonzepts ist ein Gemeindefreizeitanlagenkonzept. Das ist ein Dokument, das alle Spielsport- und Freizeitanlagen in ein Inventar der Stadt Zofingen aufnimmt. Das Dokument existiert. Es hat sich nur viele Jahre niemand darum gekümmert. Wenn man das angehen würde, dann wissen wir, was für Investitionen entstehen. Investitionen gehören in den Investitionsplan. Und wenn wir einen Investitionsplan haben, können wir das Geld von 12'500 Zofingerinnen und Zofinger verplanen und ausgeben. Ein Investitionsplan ist wichtig. Wir haben heute zwei Geschäfte auf dem Tisch, die sich nicht am Investitionsplan der Stadt Zofingen orientieren. Die Frage von Attila Gygay lautet im Namen der Fraktion FDP-Zofingen macht's: Ja.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin Farbtupfer

Wir kommen wieder etwas vom Geschäft weg. Ich bin zwar nicht von 12'500 Einwohnern gewählt worden. Das ist niemand von uns. Darum gibt es bei uns die verschiedenen Gruppierungen. Ich bin sehr froh, dass viele Punkte aus dem Legislaturprogramm des Stadtrats in dieses Geschäft miteingeflossen sind und dass aus einer Betonwüste etwas Schöneres, Lebenswerteres gemacht wird. Den Spielplatz können nicht nur Kinder aus dem Quartier nutzen, sondern auch Kinder von anderswo. Die Leute wissen das und machen dorthin einmal einen Spaziergang. Ich bitte euch, den Rückweisungsantrag nicht anzunehmen.

Attila Gygay, Einwohnerrat glp

Wenn ich zusammenzähle, was jetzt der Rückweisungsantrag der FDP an potenziellen Einsparung ergäbe, dann sind wir bei ungefähr CHF 310'000 Franken. Wobei die FDP eigentlich sagt, der Spielplatz ist schon richtig. Ihn braucht es, es braucht nur zuerst ein Konzept. Wenn man jetzt in Betracht zieht, dass es noch Gelder gibt - es ist mir klar, es ist «aus dem anderen Hosensack», aber wir müssen da primär die Interessen der Zofinger Steuerzahler vertreten - dann bekäme man den Spielplatz für ungefähr CHF 50'000 Franken. Wenn wir jetzt die Gelder nicht holen gehen, dann müssen wir ihn nachher selbst bezahlen, wenn ich das richtig verstanden habe. Darum werde ich den Rückweisungsantrag ablehnen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Ich habe es am Anfang schon gesagt: Wir sparen effektiv nichts, wenn man das jetzt zurückweisen oder ohne diesen Grünraum machen würde. Wir haben alles gebundene Ausgaben. Wir nehmen die gemachten Voten auf und schauen es im Stadtrat noch einmal an.

Ich unterstelle jetzt einmal: Ihr habt keine Ahnung, was wir in diesem partizipativen Prozess gemacht haben oder um was das gegangen ist. Wenn ihr das Protokoll der Quartierveranstaltung vom 18. Juni gelesen hättet, dann würdet ihr sehen, dass man die Leute abgeholt hat. Zum Beispiel: Wie gefällt euch das Nutzungskonzept der Strasse? Sie haben sagen können: Ja, nein, mehr oder weniger. Sie haben Punkte verteilen können. Man hat auch gefragt, ob sie ein Schachfeld wollen. Da haben sie mehrheitlich «Nein» geschrieben. Weiter, ob sie ein Mobility Fahrzeug-Sharing haben wollen? Das wollten sie auch nicht; also haben wir es weggelassen. Solche Sachen hat man sie gefragt. Aus allem, was aus diesem partizipativen Prozess resultiert hat, hat man die Vorlage erarbeitet. Da ist nicht wahnsinnig viel gewünscht worden. Das war nicht ein «Christkindzettel» zum Ausfüllen: «Ich wünsche mir noch und ich nehme noch gerne und der hätte noch gerne» usw. Das ist eine ganz

gute Geschichte gewesen, die man hier gemacht hat. Und wir sind auch sehr froh, hat man das gemacht. Daraus ist wirklich ein sehr ein gutes Projekt entstanden, hinter dem ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung aus dem Quartier steht. Bitte lehnt den Rückweisungsantrag ab!

André Kirchhofer, Einwohnerrat FDP

Ich bevorzuge es, im Einwohnerrat sachlich zu argumentieren und erwarte das eigentlich auch von Stadtrat Robert Weishaupt, der jetzt schon bei mehreren Gelegenheiten bewiesen hat, dass er das nicht so handhabt. Es ist von Stadtrat Weisshaupt auch in der Mehrzahl gesprochen worden. Es hat aber niemand anders von der Partizipation geredet ausser mir. Ich habe explizit erklärt, dass ich nicht für die Fraktion spreche, sondern nur für mich selbst.

Der Hauptaspekt ist nicht die inhaltliche Geschichte, was genau gemacht worden ist bei dieser Partizipation. Das ist alles gut und es ist auch logisch, dass, wenn ein solcher Prozess stattfindet, die Betroffenen und die Involvierten ihre Wünsche darlegen können. Es ist auch völlig klar, dass man dann eine Auslese trifft und dass man das eine berücksichtigt und das andere nicht. Um das geht es mir nicht.

Es geht mir darum, dass nicht alle am partizipativen Prozess beteiligt worden sind, so wie das bei einer Vernehmlassung gemacht wird, schweizweit, kantonsweit und in vielen Kommunen. Dort kann sich jede Person daran beteiligen, welche das wünscht und nicht nur die Anwohnenden. Und der Stadtrat Zofingen hat in früheren Legislaturperioden schon x-fach eine Vernehmlassung durchgeführt. Leider ist das Instrument in der letzten Zeit ein bisschen zum Erliegen gekommen. Ich bedaure das persönlich. Ich würde es begrüßen, wenn man - insbesondere bei Geschäften, wo man vom vornherein weiss, dass es vielleicht ein bisschen umstritten sein könnte - das Instrument wieder aus der Schublade nehmen und anwenden würde. Das ist eine gute Möglichkeit, damit sich alle einbringen können. Eine Vernehmlassung dient dazu, dass man frühzeitig abchecken kann, ob eine Vorlage mehrheitsfähig ist oder nicht. Selbstverständlich kann man dem Stadtrat von den Kompetenzen her nicht Vorschriften machen, wie er vorgehen will. Es ist einfach ein Wunsch von mir als Einwohnerrat, dass man das partizipative Verfahren so gestalten sollte. Es geht nicht darum, ob ich begriffen habe oder nicht, wie in diesem konkreten Fall die verschiedenen Workshops stattgefunden haben.

Michael Wacker, Einwohnerrat SP

Es geht in der Partizipation - man kann es in anderen Bereichen Vernehmlassung oder Mitwirkung nennen - letztendlich immer auch um die Flughöhe: Wir können die Meinung vertreten, alles partizipativ gestalten zu wollen. Wir können am Schluss jeden Kredit über CHF 150'000 partizipativ erarbeiten und einer Vernehmlassung unterstellen. Dann muss ich einfach irgendwann die Frage nach der Berechtigung des Einwohnerrats sowie zu Sinn oder Widersinn von sogenannten Vernehmlassungen stellen. Man könnte das Instrument auch missbrauchen und ich attestiere hier dem Stadtrat und der Verwaltung, dass man in dem Fall genau die richtige Flughöhe getroffen hat. Es geht letztendlich um nichts anderes als um ein Quartier, das mit seiner Strasse heute, morgen und übermorgen leben muss. Dann kann es einem am Bärenhubel oder in der Altstadt eigentlich egal sein, wie es dort draussen aussieht; Hauptsache, sie sind zufrieden und bleiben gute Einwohnerinnen und Einwohner und Steuerzahler.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin EVP

Ob man jetzt ein partizipatives Verfahren anwendet, wo mit einem beschränkten Teilnehmerkreis etwas mehr in die Tiefe diskutiert wird, wie man das Projekt weiterentwickeln könnte, oder eine Vernehmlassung, wo man mit einem sehr breiten Kreis von Menschen, dafür schriftlich und vielleicht oberflächlicher diskutiert, das liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Ich bin der Meinung, er hat für

das Projekt in diesem Fall ein adäquates Mittel gewählt. Es ist auch darum gegangen, Kinder einbeziehen zu können. Das ist in einer Vernehmlassung schwierig. Es ist um eine konkrete Quartierstrasse gegangen und nicht um irgendein Anliegen, das Gesamt-Zofingen gleichermassen betrifft.

Man kann unterschiedlicher Meinung sein. André Kirchhofer hat seinen Wunsch geäußert, dass er lieber eine Vernehmlassung will. Das ist aber kein Grund, die ganze Vorlage zurückzuweisen.

Daniel Gygax, Einwohnerrat FDP

Ich möchte präzisieren, die Fraktion FDP-Zofingen macht's stellt einen Rückweisungsantrag, weil wir den Spielplatz und die Unterflursammelstelle nicht drin haben wollen. Die Fraktion stimmt allen anderen Punkten im Geschäft und gemäss der Frage von Atilla Gygax zu.

Abstimmung über die Rückweisung

Der Antrag auf Rückweisung wird mit 16:20 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat FDP

Ich habe eine Frage zu dieser Unterflursammelstelle: Das ist auch ein Antrag mit knapp CHF 150'000. Es ist vorher seitens Stadtrat angetönt worden, dass das Abfallsammelkonzept offenbar schon kurz vor Abschluss ist. Jetzt hat der Stadtrat, wie man in den Medien lesen konnte, 2023 einen Nachtragskredit für die Unterflursammelstelle am Eisengrubenweg bewilligt. Und der Eisengrubenweg ist im Prinzip eine Strasse, wo die Mühlemattstrasse einmündet oder umgekehrt. Darf man dann davon ausgehen, dass in dem neuen Abfallkonzept in jeder Strasse eine Sammelstelle vorgesehen ist oder hat man das von den Synergien her nicht besser lösen können?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Im Abfallkonzept hat man angeschaut, wo nachher Unterflursammelstellen sind. Wo machen sie eben nicht Sinn? Wir können nicht überall eine Unterflursammelstelle hinbauen, wo wir wollen. Einerseits müssen wir einen gewissen Platzbedarf bei den Sammelstellen selbst haben, andererseits auch für den Lastwagen, der diese Container herausholt. Wenn man flächendeckende Unterflursammelstellen machen wollte, so dass wir nur noch ein Bring-System hätten, müsste man in Zofingen 73 Unterflursammelstellen bauen. Diesen Platz haben wir nicht. Das Geld haben wir vermutlich auch nicht. Ich nehme nicht an, dass ihr das bewilligen würdet. Das Hauptkriterium ist aber, dass wir den Platz dazu nicht haben.

In der Regel plant man eine Unterflursammelstelle in einem Perimeter von 300 bis 400 Metern. Von daher ist es okay, dass eine an der Oberen Mühlemattstrasse und eine am Eisengrubenweg ist. Man hätte eine an der Ecke von der Oberen Mühlemattstrasse und dem Eisengrubenweg machen können. Das bietet aber keine Synergien für diejenigen, welche weiter vorne wohnen am Eisengrubenweg. Die müssten alle wieder retourfahren, um ihren Abfall dort hinein zu werfen.

Maik Müller, Einwohnerrat Zofingen macht's

Ich habe explizit zu dieser Unterflursammelstelle eine Frage: Wenn man dort eine Unterflursammelstelle macht, wird man da in Zukunft darauf verzichten, Abfall einzusammeln? Auf der Seite Wigger hat es relativ viele Familienhäuser, die wahrscheinlich über Container verfügen. Müssen die alle nachher ihren Abfall in der Unterflursammelstelle entsorgen oder bietet man nachher einen Parallelservice an? Man bedient die Häuser, geht Container abholen und leert zusätzlich auch noch die Unterflursammelstelle wöchentlich oder wann auch immer.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das müssen wir anschauen, wie das dann funktioniert bzw. wie die Unterflursammelstelle angenommen wird. Wie akzeptiert sie sein wird, wird man an der Abfallmenge am Strassenrand sehen, wenn diese plötzlich wegfallen würde. Wenn das der Fall wäre, dann würden wir schauen, dass man an dieser Strasse nicht mehr den Abfall von Haus zu Haus einsammeln gehen würde.

Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

1. *Für die Sanierung und Neugestaltung der Oberen Mühlemattstrasse sei für den Strassenbau ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'178'831 inkl. MWST und Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Teuerung, sowie für das Entwässerungssystem ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 101'452 inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten der Spezialfinanzierung Abwasser, zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 20:16 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. *Für die neuen acht Unterflurcontainer an der Oberen Mühlemattstrasse sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 146'530 inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung, zulasten Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft zu bewilligen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 21:16 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 5

ER.2023.015

**Interpellation von Attila Gygax (glp) vom 20. März 2023 betreffend "Schulwegsicherheit";
Beantwortung Stadtrat**

Attila Gygax, Einwohnerrat

Der Interpellant dankt für die Ausführungen und nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Traktandum 6

ER.2023.016

**Interpellation von Luc Zobrist (FDP) vom 20. März 2023 betreffend "Klimastrategie in der
Gemeinde Zofingen"; Beantwortung Stadtrat**

Luc Zobrist, Einwohnerrat

Der Interpellant nimmt die Ausführungen der Beantwortung zur Kenntnis und ist zufrieden.

Traktandum 7

ER.2022.053

Postulat von Attila Gygax (glp) vom 21. November 2022 betreffend "Qualitäts- und Verfahransforderungen an Gestaltungspläne"; Haltung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

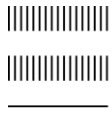
Attila Gygax, Einwohnerrat (Postulant)

Der Stadtrat beantragt, das Postulat nicht zu überweisen. Den stadträtlichen Antrag sollte man ablehnen und ich bitte euch, das zu tun.

Es scheint mir, dass wahrscheinlich vielen Leuten oder Mitgliedern dieses Rats nicht ganz klar ist, was ein Gestaltungsplan wirklich ist. Es ist auch ein bisschen ein technisches Postulat. Unsere BNO, die Bau- und Nutzungsordnung, ist im Jahr 2021 revidiert worden. Seit dann haben wir das Instrument dieser Gestaltungspläne. Ich erinnere daran, dass das Abstimmungsergebnis damals äusserst knapp gewesen ist. Ca. 48 % der Stimmberechtigten waren dagegen. Das Instrument dieser Gestaltungspläne war einer der Hauptgründe, die zum Widerstand geführt haben. Dieses ermöglicht dem Stadtrat, zwei zusätzliche Vollgeschosse zu bewilligen, wenn die Qualität entsprechend hoch ist. Da hat es tolle Grafiken gegeben, die im ZT geteilt worden sind. Es hat Flugblätter gegeben. Es ist ein recht emotional geführter Abstimmungskampf gewesen.

Der damalig zuständige Stadtrat hat in meinen Augen auch ziemliche Mühe gehabt, zu erklären, was denn eigentlich die Qualität genau sein soll, die da gefordert wird. An einer Infoveranstaltung hat Hansruedi Hottiger am Flipchart erklärt: Das heisst dann einfach, da sind die Gebäude, die haben zwei Geschosse mehr, dafür sind sie ein bisschen weiter auseinander und zwischendrin ist Grünraum und das ist die Qualität. Das ist wahrscheinlich dann auch ein Grund gewesen, weshalb ein grosser Anteil der Bevölkerung gefunden hat, das kann nicht die Qualität sein. Das Postulat zielt ziemlich heftig auf die freiwilligen Gestaltungspläne ab. Wir haben Gebiete mit Gestaltungsplanpflicht, wo irgendwelche alten Gebäude darauf sind, die man schützen muss, wo man den entsprechenden Gegenwert auch so hat. Aber man darf gemäss unserer BNO in einem sehr grossen Gebiet von Zofingen, nämlich überall, wo nicht W2 ist, das auch freiwillig machen. Das heisst, man kann als Investor kommen, ein Einfamilienhaus kaufen, vielleicht noch eines nebendran, und dann einen freiwilligen Gestaltungsplan machen.

Wenn man das Postulat annimmt, dann wird verlangt, dass auf ein Merkblatt oder wo auch immer, aufgeschrieben wird, was der Stadtrat ganz generell unter Qualität versteht. Es steht explizit auch drin, dass Abweichungen zulässig sind. Es soll nicht eine Überreglementierung sein; es soll nicht eine Überbürokratisierung sein. Es soll die Haltung des Gesamtstadtrats transparent machen. Sie sollen sagen, was Sie wollen. Wenn man heute Investor ist, weiss man nämlich nicht, was die Stadt will. Es gibt, wenn man das Organigramm anschaut, zwei Leute, die am Schluss für die Gestaltungspläne zuständig sind: Es gibt jemanden auf der Verwaltungsebene, das ist Werner Ryter, und es gibt die Stadtpräsidentin, Christiane Guyer. Die zwei begleiten eigentlich weitestgehend die Gestaltungspläne im Verfahren. Selbstverständlich segnet der Gesamtstadtrat das am Schluss dann ab. Das ist klar. In meinen Augen sollte sich der Gesamtstadtrat aber eigentlich darüber äussern und transparent machen, was ist denn die Qualität und was wollen wir? Wie soll das Verfahren aussehen? Mir ist klar, dass ich, wenn ich jetzt Stadtrat wäre, diese potenzielle Einschränkung auch nicht möchte. Es könnte sein, -- ich müsste begründen, wenn ich von etwas abweichen würde, von dem ich einmal gesagt habe, das verstehe ich unter Qualität. Es hat aber sehr viele Vorteile, wenn man Transparenz schafft. Erstens schafft man durch Transparenz Vertrauen bei dieser knappen Hälfte der Bevölkerung, die doch sehr grosse Fragezeichen hat. Ich finde, das ist Argument genug.



Dann hat es einen grossen Mehrwert für die Verwaltung selbst. Wenn nämlich der Mitarbeitende, der bereits den einen oder anderen Gestaltungsplan gemacht hat, einfach mal von einem Gremium eine bewilligte Haltung hat, was dieses darunter versteht kann er damit arbeiten und muss nicht bei jeder Detailfrage zum Chef oder zur Chefin nachfragen gehen, was man denn eigentlich genau will. Dann hat es natürlich auch Vorteile für die Anwohnenden, die bei Mitwirkungsverfahren vielleicht darauf Bezug nehmen wollen, was dann genau gefordert ist und wo es Abweichungen gibt. Es gibt Vorteile für die Planer, die wissen, was sie eigentlich genau planen sollen, und nicht zuerst das Telefon in die Hand nehmen oder irgendwie eine Besprechung abmachen müssen zum Herausfinden, was dann die Stadt genau will. Und es ist auch ein Vorteil für Investoren, die sich überlegen, Geld in Zofingen in gute Projekte zu investieren. So haben sie eine Planungssicherheit, eine Investitionssicherheit, was mit ihrem Geld am Schluss passiert.

Ich möchte mich an die anderen Fraktionen hier drin richten: Man kann das skeptisch sehen. Die SVP und FDP sind Lager, die es eher kritisch sehen können, weil man jetzt noch potenziell reglementiert. Ich denke, es sollte einen grossen Mehrwert darstellen, wenn der Stadtrat sichtbar macht, für was er eigentlich steht. Das müsste es uns wert sein.

Der Stadtrat hat sich diesbezüglich trotz der Empfehlung für eine Ablehnung nicht geäussert. So ein Merkblatt kostet so gut wie nichts. Man hat nämlich Erfahrungen gesammelt mit den ersten Gestaltungsplänen. Man muss einfach mal aufschreiben, was man eigentlich in letzter Zeit gefordert hat. Die anderen Fraktionen, die Grünen, die SP und die Mitte, sollen bitte daran denken, dass der Wind sich auch einmal drehen kann: Der Stadtrat kann anders zusammengesetzt sein und auch dann soll er transparent machen, für was er steht. Wenn man Gebiete mittels Gestaltungsplänen umbaut, dann wird Zofingen umgestaltet, nicht einfach nur für die nächste Legislatur, bis zur nächsten Steuerrechnung, sondern für Generationen. Da sprechen wir von mindestens 60, 80 oder 100 Jahren, für die man Tatsachen schafft. Damit sollte man wirklich mit Bedacht umgehen. Darum bitte ich euch alle, den Antrag des Stadtrats abzulehnen und damit das Postulat zu überweisen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Besten Dank für die Sorge, dass wir die Siedlungsentwicklung quasi nicht qualitativ machen. Und die teilen wir. Es ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, wo es möglich und festgelegt ist, dass wir uns dort wirklich für eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung einsetzen. Das ist auch das Grundcredo gewesen bei der Revision der Bau- und Nutzungsordnung im Jahr 2021. Das Instrument der Gestaltungspläne kennen wir schon lange und nicht erst seit der letzten Bau- und Nutzungsordnungsrevision. Es ging dabei vor allem um das Thema der Qualitätssicherung oder im Minimum darum, eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung garantieren zu können.

Die Zielsetzung im Sinne der Begründungen, die das Postulat beinhaltet, stimmt in Vielem mit derjenigen des Stadtrats überein. Es hat sich in der vergangenen Zeit immer wieder gezeigt: Bei Gestaltungspläne werden wichtige Qualitätskriterien gefordert. Das ist ein sehr gutes Instrument, um wirklich auch die Qualität einfordern zu können.

Die Schlussfolgerung sieht der Stadtrat allerdings anders: Mit einem Merkblatt das irgendwie garantieren zu können, respektive das ein Merkblatt die eigentliche Massnahme zum Erfolg sein soll, da sind wir anderer Meinung. Wenn man schaut, wie das in der Vergangenheit stattgefunden hat, ist es sehr nützlich gewesen, eine gewisse Flexibilität zu haben, indem neue Kriterien dazu genommen werden können. Wenn ich die Gestaltungspläne von vor 8-9 Jahren anschau, dann haben wir viel weniger Kriterien gehabt. Kriterien haben an Bedeutung zugenommen. Ich denke da zum Beispiel an den Umgang mit bestehender Bausubstanz, wo wir beim aktuellen Projekt Cartub-Areal ortspezifische Kriterien haben einfügen können.

Dem Stadtrat ist es wichtig - wie das auch in der Bau- und Nutzungsordnung festgehalten ist - dass man auf die Örtlichkeiten Rücksicht nimmt. Wir nehmen bei freiwilligen Gestaltungsplänen mit den

Grundeigentümern Kontakt auf, um die Anforderungen miteinander zu besprechen und zu schauen, was Sinn macht.

Es hat vorher den Anschein gemacht, dass der Stadtrat, respektive das für die Stadtplanung zuständige Stadtratsmitglied, das separat im stillen Kämmerlein macht. Das ist natürlich nicht so. Vielfach besteht im Vorfeld ein breit abgestützter Studienauftrag. Bei jedem Gestaltungsplan werden die Kriterien im Stadtrat diskutiert und entschieden. Da passiert nichts im stillen Kämmerlein, sondern das ist gut abgesprochen. Bei einem Gestaltungsplan ist die Mitwirkung von Gesetzes wegen gegeben. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt. Da haben alle Parteien die Möglichkeit, sich einzubringen. Der Stadtrat ist der Meinung, ein Merkblatt als Grundlage auszuarbeiten, ist nicht zielführend, und sieht den Sinn nicht ganz dahinter. Es ist eben genau wichtig, dass wir spezifisch bei jedem Gebiet schauen, was gefordert ist. Es ist auch wichtig, dass wir Entwicklungen in zukünftige Anforderungen aufnehmen können. Der Stadtrat beantragt deshalb die Ablehnung des Postulats.

Adrian Borer, Einwohnerrat glp

Der Stadtrat hat gesagt, es gäbe schon viele Regularien auf diesem Feld, also müssen wir nichts Neues machen. Das ist gerade ein bisschen das Problem: Es ginge darum, dass man eben diese Sachen zusammenträgt und in einem Merkblatt festhält. Das gibt auch eine Kontrolle: «Habe ich an alles gedacht?» Es geht nicht darum, wie man es macht. Das ist nicht unbedingt die Idee. Aber Punkte abzuhandeln, die auf dem Merkblatt aufgeführt sind. Wie man es dann macht, ist eine andere Frage. Das soll das Merkblatt bringen. Bitte stimmt dem Postulat zu.

Michael Wacker, Einwohnerrat SP

Man sagt, an den Taten soll man sie messen. Bis zum heutigen Tag habe ich noch keinen Gestaltungsplan gesehen, der meinen persönlichen Anforderungen entspricht. Christiane Guyer hat die Nutzungsordnung erwähnt. Bezüglich Gestaltungsplänen stehen in der Zofinger Bau- und Nutzungsanordnung einzig die Areale drin und den Rest findet man dann irgendwo oder muss es in der Diskussion oder im Verfahren herausfinden.

Ich glaube, diesbezüglich wäre ein Merkblatt schon dienlich. Ich will nicht so weit gehen wie die Gemeinde Rheinfelden, welche die Eckpfeiler von Gestaltungsplänen in die Bau- und Nutzungsordnung hineinschreibt. Schon nur als Überlegung: Es gibt beim Mitwirkungsverfahren bereits mehrere Möglichkeiten. Es gibt die Mitwirkung, bevor ein Gestaltungsplan aufgelegt wird. Es gibt das kombinierte Mitwirkungs- und Auflageverfahren. Dort ist man schon viel weiter. Dann wären wir wieder beim Thema Partizipation. Oder das Thema Bodenversiegelung: Wie gross sollen Tiefgaragen sein? Wie viel Fläche darf man wirklich versiegeln bei solchen Gestaltungsplanverfahren? Das wäre nicht nur für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dienlich, sondern eben tatsächlich auch für die Investoren. Ob man das jetzt Merkblatt oder Richtlinie nennt, das sei dahingestellt. Aber es ist wahrscheinlich im Sinne und zum Nutzen aller Beteiligten an einem Gestaltungsplanverfahren, wenn man gewisse Richtlinien schon einmal formuliert bekommt. Ich bitte euch darum, den Antrag des Stadtrats abzulehnen und das Postulat zu überweisen.

Attila Gygax, Einwohnerrat glp

Ich möchte noch auf die Ausführungen von Christiane Guyer reagieren. Zum Thema Flexibilität: Selbstverständlich ist das wichtig, darum steht es im Postulat auch explizit drin. Zum Thema Studienauftrag, welcher quasi dann diese Transparenz ersetzen soll: Ein Studienauftrag ist halt wirklich nicht ein Gestaltungsplan. Und dann noch die Aussage, dass der Eindruck erweckt werde, dass man die Sachen im stillen Kämmerlein macht. Ja, diesen Eindruck gibt es halt. Jetzt hätte der Stadtrat die Möglichkeit, dem mit einem ganz einfachen Mittel entgegenzuwirken. Und für mich ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Stadtrat das nicht aufnimmt. Darum, bitte lehnt den stadträtlichen Antrag ab.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Noch einmal zur Präzisierung: Ein Studienauftrag wird in der Vorphase eines Gestaltungsplans gemacht. Wie im Beispiel von Cartub ist ein Studienauftrag der erste Schritt. Das Programm des Studienauftrags haben wir im Stadtrat diskutiert und nachher verabschiedet. Aufgrund des Resultats des Studienauftrages wird der Gestaltungsplan ausgearbeitet. Dieser kommt dann wieder in den Stadtrat und man gibt ihn im besten Fall für die Mitwirkung frei oder er muss noch einmal überarbeitet werden. So ist das Verfahren.

Der Stadtrat erachtet ein Merkblatt nicht als zielführendes Instrument. Es ist wichtig, dass man mit der Eigentümerschaft in Kontakt ist und schaut, was sind eigentlich auch aktuelle und örtliche Kriterien. Wenn man bspw. einen Gestaltungsplan am Rebberg machen will, dann hat dieser andere Kriterien als bei einer grossen Arealentwicklung. Das ist es wichtig, dass man da diese Flexibilität hat. Wir müssen da jetzt nicht ein Riesenpolitikum daraus machen. Wenn ihr meint, es braucht ein Merkblatt, dann machen wir das Merkblatt. Darüber könnt ihr entscheiden und wir werden so handeln.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Postulat sei nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Der Antrag des Stadtrats wird mit 14:21 (ja/nein) Stimmen abgelehnt und damit das Postulat überwiesen.

Die Vorstösse sind online auf www.zofingen.ch/einwohnerat einsehbar.

Traktandum 8 – Umfrage

Hinweis zur Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Vor einem Jahr wurde der Kredit für das Oberstufenzentrum bewilligt. Dort hat es geheissen, das Verkehrsprojekt wird ausgeklammert. Es gibt ein partizipatives Verfahren und ein tolles Konzept. Was ist der Stand? Ich habe bis jetzt nichts gehört. Selbst als Mitglied der Spezialkommission null Informationen.

Jetzt haben wir die Baustelle für das Oberstufenzentrum angefangen. Der Stadtrat soll sich überlegen, ob der Fussgängerstreifen über die Rosengartenstrasse beim Pavillon während dieser Bauzeit nicht aufgehoben werden müsste oder stellt sonst jemanden dort hin. Der ist Mitten im Kuchen drin. Auf der einen Seite parkiert das Militär, auf der anderen Seite ist die Militärunterkunft, man hat die Einfahrt zu dieser Baustelle und man hat die Bez-Schüler. Wann wird der aufgehoben?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Beim Oberstufenzentrum ist man am BGK. Eine Arbeitsgruppe aus Bewohnern und dem Büro, das wir ausgewählt haben, ist am Arbeiten. Dort werden wir in einem Jahr fertig sein. Wann die ersten Resultate herauskommen, kann ich jetzt im Moment nicht sagen. Wir werden informieren, wenn die ersten Entwürfe vorliegen.

Die Inputs bezüglich Fussgängerstreifen bei der Rosengartenstrasse werden aufgenommen und geprüft.

Alice Sommer, Einwohnerrätin Grüne

Ich beobachte, dass Elterntaxis an verschiedensten Orten parkieren und die Kinder ein- und ausladen. Die Schulleitung hat schon verschiedenste Informationsschreiben geschrieben, offenbar wirkungslos. Was ist die Strategie des Stadtrats in Bezug auf Elterntaxis?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das Problem ist bekannt. In diesem Baustellbereich wird kurzfristig ein Verkehrsdienst eingesetzt und gleichzeitig wird ein Halteverbot für diesen Bereich beantragt.

Flavio Wyss, Einwohnerrat FDP

Was ist der Stand beim Strassenprojekt Löwenkreisel, respektive Unterer Stadteingang? Ist das nach wie vor so, wie man ursprünglich mal darüber abgestimmt hat?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Beim Unteren Stadteingang sieht es so aus, als würde es so weitergehen, wie es geplant ist. Die Einsprachen sind abgewiesen worden.

André Kirchhofer, Einwohnerrat FDP

Auf Instagram gibt es einen Account `stadt_zofingen`. Was ist der Grund, beziehungsweise die Rechtfertigung, dass mit dem Account der Stadt immer wieder private Betriebe geliked werden und damit Marketing betrieben wird für einige ausgewählte Betriebe, namentlich für Fotostudios und Büchereien?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Die Posts sind sehr vielseitig und sollen möglichst viele Informationen für die Bevölkerung enthalten. Wenn etwas geliked wird, dann geht es um das Thema Kooperationen oder um Anlässe mit anderen Institutionen.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin EVP

Es ist in den Mitteilungen gesagt worden, dass wir unser Geschäftsreglement überarbeiten. Ich habe in diesem Jahr in diesem Rat gelernt, dass es scheinbar eine Kleiderordnung geben soll, wo man sich daran zu halten hat, dass man sich mit Vor- und Nachnamen anspricht, dass Klatschen nicht erlaubt sei usw. Kann man davon ausgehen, dass schlussendlich in diesem Rat nur das gilt, was auch im Geschäftsreglement steht oder gibt es einen Usus, an den man sich auch noch zu halten hat, von dem mir aber auch nach sechs Jahren im Rat nichts bekannt ist?

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Wir haben im überarbeiteten Geschäftsreglement keine solche neuen Sachen reingenommen, die es bis jetzt noch nicht gegeben hat. Es gibt auch in Zukunft - mindestens in unserem Vernehmlassungsentwurf keine Kleiderordnung oder irgendwelche bisher ungenannten Dinge. Wir haben wenige

Sachen hineingeschrieben, die mittlerweile üblich sind: Bspw., dass Ordnungsanträge nicht schriftlich eingegeben werden müssen. Vorschriften bezüglich der Anrede sind da nicht enthalten.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Wir haben noch eine Pendenz von der letzten Sitzung von Atilla Gygax: Es ging um einen Brief der Anwohner vom Ulmenweg, die darauf keine Antwort erhalten haben. Ich habe das angeschaut und festgestellt, dass auf die verschiedenen E-Mails - und das sind nicht ganz wenig gewesen -sofern es erforderlich gewesen ist, eine Antwort verschickt worden ist. Da es verschiedene Anwohner des Ulmenwegs gewesen sind, hat man üblicherweise nur mit dem Briefverfasser, respektive mit dem Absender, Kontakt aufgenommen. Dieser hat die Informationen jeweils den Bewohnern weitergeleitet. Zudem ist bereits am 30. Januar 2022 eine Begehung vor Ort mit Anwohnenden vom Ulmenweg gemacht worden.

Ein Brief vom Ulmenweg ist als Antrag (in der Selbstdeklaration explizit nicht als Einwendung bezeichnet) zuhanden des Tiefbaus verschickt worden. Das ist dem Verfasser offensichtlich anhand seiner Antwort auch klar gewesen. Da es keine offizielle Einwendung gewesen ist, hat man das auch nicht so behandeln müssen. Im Ressort hat man Gleichwohl eine Antwort an den Verfasser des Briefs geschickt. Die verschiedenen und zahlreichen E-Mails vom Eisengrubenweg und auch von anderen Leuten sind so, wie ich das beurteilen kann, alle beantwortet worden.

Auf die drei eingegangenen Einwendungen ist man natürlich auch eingegangen. Den Bewohnern aus dem Ulmenweg ist es wichtig gewesen, dass die Strasse nicht auf 5,2 m verbreitert worden wäre. Sie ist jetzt mit 5,4 m breiter gebaut worden.

Somit ist mir und dem Ressort unklar, welchen Bewohnern, die uns zur Baustelle am Eisengrubenweg kontaktiert haben, wir nicht geantwortet haben sollen.


Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Präsident verabschiedet Einwohnerrätin Maja Freiermuth, würdigt ihr politisches Wirken für die Stadt Zofingen, liest das Rücktrittsschreiben vor und übergibt ihr anschliessend die Stadtgeschenke.

Der Präsident weist auf die nächsten zwei Einwohnerratssitzungen vom 20. und 27. November 2023 hin und schliesst die Sitzung um 22:15 Uhr.

Zofingen, 9. Januar 2024

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Dr. Christian Nöthiger
Präsident



Patrick Siegrist
Protokollführer